

Volkswacht

für Schlesien
Verlagort Breslau

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 25.- Mt., auswärts 30.- Mt., auswärts 12.- Mt. Anzeigen unter 200 Zeilen 10.- Mt., 500 Zeilen 20.- Mt., 1000 Zeilen 35.- Mt., Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 4.- Mt. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mt., das letzte Wort 1.00 Mt. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11. Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/5 sowie in jeweiligen Zweigstellen abgegeben werden.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/5, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 3, durch die Zweigstellen, Zigarrengeschäft K e i c h e l t, Wallbleichstraße 149, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich 37.- Mt., monatlich 100.- Mt., durch die Post direktjährlich 490.- Mt., halbjährlich 245.- Mt.

Nach vier Jahren.

Der 7. November 1917 und der 9. November 1918.

Von Eduard Bernstein.

Vorbemerkung: Vom Berliner Vertreter des Organs der bolschewistischen Sowjet-Regierung Rußlands, „Iswestija“, angefragt, ob ich bereit sei, ihm für die Erinnerung an die Ummwälzung vom 25. Oktober 7. November 1917 gewidmete Festnummer des genannten Blattes einen Vergleich jener Erhebung mit der in Deutschland am 9. November 1918 vollzogenen Ummwälzung zur Verfügung zu stellen, habe ich ihm den nachfolgenden kurzen Artikel überreicht, den er der „Iswestija“ einleihen möge. Er sagte, er würde es tun, ob aber „Iswestija“ den Artikel gebracht hat, scheint mir nicht ganz sicher.

Die Erhebung in Rußland vom 25. Oktober 7. November 1917 und die Erhebung in Deutschland, die am 9. November 1918 in Berlin ihren Höhepunkt fand, waren in ihrem Wesen und in ihrer Ideologie so grundverschieden, daß es kaum angängig erscheint, den gleichen politischen Begriff Revolution auf sie anzuwenden. Jedenfalls kann man es nicht ohne näher bestimmende Beiworte tun. Der 7. November 1917 ist das Datum eines umstürzlerischen Gewaltaktes, der meines Erachtens auf den Namen Revolution etwa in dem Sinne Anspruch hat, wie irgendwelche der Gewaltakte, die in asiatischen Reichen zeitweilig das Herrschaftsmonopol, sei es zum Guten oder zum Schlechten, änderten. Was sich an jenem Tage mit Hilfe politisch ungeschulter Soldaten vollzog, war ein gewalttätiger Handstreich gegen eine inmitten ihrer Entwicklung begriffene Revolution, durch welche diese unter die Despotie einer Partei geriet, die seitdem sich durch Militärgewalt an der Herrschaft erhält. Daß diese Partei noch heute, nach fünf Jahren, in dem Riesereich keiner anderen politischen Partei, sei sie bürgerlich oder sozialistisch, Lust und Licht einzuräumen zu können glaubt, ist die Tragik ihrer Herrschaftstellung, denn es bekundet ihre innere Schwäche. Mit dem Anspruch, die äußerste Linke der Parteien des Sozialismus zu sein, an das Ruder gekommen, schlägt sie heute Kompromisse mit den Kapitalisten der Auslandes und sieht im eigenen Lande einen neuen Kapitalismus sich ausbilden, der sich vom alten nur durch einen größeren Mangel an Kultur unterscheidet. Ihre Einwägung des geistigen Lebens durch Unterdrückung jeder unabhängigen Presse aber läßt sie dem rechtgläubigen Zarismus älteren Stils näher verwandt erscheinen als irgend einer Partei der bisherigen Revolutionen. Ein Aufstand, der von Anbeginn an und fortwährend ein Land in einen Zustand geistiger Knechtschaft versenkt, mag von seinen Parteigängern noch so edel gedacht worden sein, den Namen Revolution wird ihm die Geschichte nicht verleihen.

Der am 9. November 1918 in Deutschland geschaffene neue politische Zustand hat vieles von dem noch nicht gebracht, was diejenigen von ihm erwartet hatten, deren aktivem Eingreifen er sein Dasein verdankt. Die an jenem Tage von der Arbeiterschaft Berlins ausgerufenen deutsche Republik ist noch nicht die Republik der Arbeiter. Sie ist zwar darum noch nicht Bourgeois-Republik, sondern bürgerliche Republik im alten demokratischen Begriff des Wortes. Aber die Aenderung, die sie gegenüber dem vorhergegangenen Kaiserreich darstellt, ist durchaus keine nur formale. In den Novembertagen 1918 sind in Deutschland nicht bloß Throne gestürzt und Kronen für Crödel erklärt worden, es sind auch Ketten gefallen, welche die Arbeiterklasse in ihrem Aufstieg hemmten. Diese Erhebung hat mit dem politischen Recht der arbeitenden Klassen Deutschlands auch ihre soziale Rechtsstellung ganz wesentlich gehoben. Trotz des großen wirtschaftlichen Drucks, der als Nachwirkung des Weltkrieges und, wie ruhig zugegeben werden kann, auch als Folge eigener Mißgriffe auf Deutschland lastet, ist der deutsche Arbeiter heute entschieden freier, als er unter dem Kaiserreich war, und diese größere Freiheit setzt sich für zunehmend umfassendere Schichten um in größere Widerstandskraft gegen wirtschaftlich niederdrückende Tendenzen. Und indem die Erhebung vom November 1918 die Freiheit der Arbeiterklasse in Deutschland ohne Unterschied der Partei gestiftet hat, hat sie dort überhaupt die Freiheit vermehrt und dadurch eine der wichtigsten Anforderungen

erfüllt, die einer Erhebung den Charakter einer modernen Revolution verleihen. In unserem Zeitalter kann nur dort von Revolution die Rede sein, wo die Freiheit einen weiteren Rahmen erhält. Das aber ist im neuen Deutschland, das im November 1918 geschaffen wurde, der Fall. Der 9. November ist in Deutschland nicht der Feiertag einer Partei und ihres Anhangs, er ist der Feiertag des arbeitenden Volkes in seiner großen Allgemeinheit. Und darin liegt der Beweis, daß er der Gedanktag einer wirklichen Revolution ist.

Zum 9. November.

Vier Jahre nach dem Tag des deutschen Umsturzes fühlen wir es deutlicher als je vorher, wie anders sich der Übergang zur republikanischen Staatsform in Deutschland vollzogen hat, als wir Sozialdemokraten es erhofft und erstrebt hatten. Nicht als Folge unseres Sieges über eine bis in ihre letzten Folgerungen hinein entwickelte Gesellschaftsform ist die Republik gekommen, sondern als Folge des Zusammenbruchs des rückständigsten Teiles dieser Gesellschaft in sich selbst, des Zusammenbruchs der am meisten feudal gebliebenen europäischen Staaten im Kampf mit den kapitalistisch weiter entwickelten Westmächten. So spüren wir die Nachwirkungen des Zusammenbruchs heute und auf lange Zeit hinaus viel stärker, als wir die Wirkungen jenes Aufgangs zum Neuaufbau spüren können, der damals im ungeeigneten Augenblick gemacht werden mußte, weil nichts anderes mehr übrig blieb, der aus unversierten Reihen heraus gemacht werden mußte, weil alle Programme, außer dem der Sozialdemokratie, nach der eigenen Erkenntnis aller anderen Parteien überhaupt jeden Sinn verloren hatten. Zuerst kam der Zusammenbruch, dann der Anfang des Neubaus durch die Übernahme der Macht seitens der Republikaner. Die Legende, die diese Reihenfolge historisch umkehren möchte, um auch die Wirkungen des Zusammenbruchs den Republikanern in die Schuhe zu schieben, brauchen wir heute nicht nochmals zu widerlegen. Alle diese Erinnerungsbücher können die Wirkungen, aber entscheidungsschweren Telegramme nicht nur aus der Welt schaffen, in denen die Oberste Heeresleitung das militärische Ende meldete, lange ehe irgendwo im Inneren eine Aenderung der Machtverhältnisse vor sich gegangen war.

Wir spüren die Nachwirkung des Zusammenbruchs in der juchendbarsten wirtschaftlichen Folge des imperialistischen Siegfriedens, dem Verfall der deutschen Währung, der uns Teuerung und Verelendung bringt. Wir spüren sie als einen Rückschritt in der Wirtschaftsentwicklung, der die ekelhaftesten und primitivsten Formen des Kapitalismus, das Schiebetum und die Spekulation, wieder hoch brachte. Mit uns fühlt heute aber auch die ganze Welt diese Nachwirkungen des Zusammenbruchs Mitteleuropas. Mit der Verelendung des deutschen Arbeiters durch den Währungsverfall ist die Unterbrechung unserer Konkurrenz durch die deutsche Industrie und das Ausfallen des deutschen Marktes für die Abnahme von Auslandswaren notwendig verbunden. Arbeitslosigkeit größten Maßstabes im Auslande ist die Folge.

Politisch sehen wir ebenfalls einen geschichtlichen Rückschritt als notwendige Folge dieser Rückentwicklung des Wirtschaftslebens. Während vor dem Kriege die weltwirtschaftlichen Beziehungen immer enger wurden, sucht jetzt Amerika, sich aus dem allgemeinen Zusammenbruch herauszulösen, die neue englische Regierung will ihr Land den gleichen Weg führen und das wirtschaftlich vom Auslande verhältnismäßig unabhängige Frankreich wird dadurch zu einem immer härteren Faktor der Weltpolitik, treibt aber nicht Weltwirtschaftspolitik, sondern strebt nach Ausdehnung seiner militärischen Einflußsphäre. Das am meisten wirtschaftlich leidende „Sieger“-Land, Italien, weiß sich nicht anders mehr zu helfen, als daß es die Regierung nach einmal dem ärgsten seiner Kriegsherrn überträgt, der sich charakteristischerweise die militärischen Oberbefehlshaber des Krieges zu Wasser und Lande als Gehilfen nimmt, — eine Erscheinung, die unmöglich wäre, wenn nicht der Weltwirtschaftsverfall auch in Italien jeden Fortschritt zum Sozialismus erschwerer und zugleich doch die Massen immer ungeduldiger machte.

Selbst in Rußland sehen wir eine neue Blüte frühkapitalistischer Wirtschaftsformen in den riesigen kapitalistischen Handelskonzessionen, die an die Konzessionen der indischen Handelskompagnien des 17. und 18. Jahrhunderts erinnern. Auch dort wird der freie Handel und die Börse wieder eingeführt und zum 5. Jahrestage der russischen Revolution erleben wir eine Heeresreform, die das alte Heer, im Gegensatz zum sozialdemokratischen Milizgedanken, als Grundfah der 3. Internationale proklamiert. Dementsprechend geht die russische Außenpolitik im Orient und Fernen Osten auch ganz wieder die Wege des alten Zarismus, nur, daß jetzt eine andere Clique im Moskauer Zarenschloß regiert.

In Deutschland nimmt infolgedessen niemand mehr die Gefahr eines bolschewistischen Einbruchs oder Aufstandes ernst, zumal ja das russische Bauernheer im Kampf gegen den Westen 1920 sogar von den Polen geschlagen werden konnte. Charakteristisch ist, daß es gerade zwei Großindustrielle wie Oskar Strauß und Otto Wolff sind, die unmittelbar nach der Revolution die größten finanziellen Opfer für die Bolschewistenbekämpfung brachten und jetzt die größte Wirtschaftskonzession in Sowjet-Rußland erworben haben. Nicht von links, sondern nur von rechts her droht der Republik, die seit dem November 1918 die einzige noch mögliche Staatsform Deutschlands ist, Gefahr. Das Beispiel des Faschismus findet in Bayern und auch in Ostpreußen, nicht zuletzt in Schlesien, Bewunderer. Großagrarier und Großindustrielle hängen gleichzeitig drach Steuerhinterziehung und eine direkt gegen den Staat gerichtete Preispolitik die schwache Wirtschaftskraft des jungen Staatsweins aus. Das reaktionäre Ausland aber, das zu ersten Konflikten zwischen den früheren Kriegesverbündeten selbst trotz allen deutschen Bierbrotspießherzhaftigkeiten keine Neigung zeigt, wartet nur darauf, in Deutschland wieder kriegerische Neigungen ausfludern zu sehen, um in ihrer Bekämpfung endlich wieder ein populäres und bequemes zu erreichendes, positives Ziel zu finden, das die eigenen Volksmassen von ihren anderen Sorgen ablenkt. Unterdrücken wir selber derart gefährliche Spielereien, verliert die Reaktion im Auslande ihr stärkstes Agitationsmittel!

Wie schützen wir die Republik, die also in dieser internationalen Lage die beste Sicherung gibt, daß die neuen von außen drohenden Wellen sich nicht über uns entladen? Die Großindustrie, die zunächst mit dem Kampf gegen die deutsche Währung Geschäfte machte, allmählich aber damit ihre eigene Kaufkraft für Auslandsrohstoffe zu schwer schädigt, bietet uns in der großen Koalition einen neuen Verbündeten für die Republik an. Sie will ihren Frieden mit der Republik machen, einen Frieden, der sie zugleich gegen die Wiedererführung der Zwangswirtschaft für große Wirtschaftsgebiete und gegen neue Sozialisierungspläne für den Fall der Festigung unfer Währung schützen soll. Es wäre ein fauler Friede. Die Republik wird sich nur behaupten können, wenn sie dem Volk auch wirtschaftlich mehr bietet, als wie ihm die bürgerlichen Parlamentsmehrheit der ersten republikanischen Parlamente geboten hat. Sie wird sich nur behaupten können, wenn sie die Massen durch aktive Wirtschaftspolitik vor Verzweiflung und völliger Abstumpfung zu schützen vermag. Einen Fortschritt zum Sozialismus muß auch das noch nicht bedeuten. Seien wir ehrlich genug, zuzugeben, daß ein solcher grundlegender Fortschritt in unserer Wirtschaftsordnung erst kommen kann, wenn der heutige Spekulationskapitalismus nach einer Festigung unserer Währung durch höhere nichtsozialistische Wirtschaftsformen abgelöst ist, und die internationale Lage eine internationale Bekämpfung des weltwirtschaftlich durch Auslandsabhängigkeit usw. so stark gestärkten Kapitalismus ermöglicht. Inzwischen bedeuten ja gerade die Siege des Kapitalismus durch Kartell- und Trustbildungen und immer neue Formen der Konzentration des Kapitals zugleich eine Vorbereitung des Sozialismus im Schoß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst. Je mächtiger unsere Gegner sich glauben, desto gründlicher bereiten sie nur ihren eigenen Untergang vor, sie, die selbst gegenwärtig ihrer die aktivsten Vorkämpfer eines Sozialismus der Zukunft sind.

Das Gutachten der ausländischen Finanzfachverständigen.

Das erste Gutachten, das von internationalen Finanzfachverständigen der deutschen Regierung erstattet wurde und das die Unterschrift der Herren Brandt, Cassel, Kentz und Kenes trägt, ist jetzt veröffentlicht. Diese vier Sachverständigen des Auslands stellen die Tatsache in den Vordergrund, daß die Stabilisierung der deutschen Mark unbedingt erfolgen muß, und zwar auch im Interesse der Gläubiger Deutschlands. Voraussetzung dafür, daß eine Stabilisierung überhaupt erfolgen kann, ist die vollständige Entlastung Deutschlands von den Zahlungen aus dem Versailler Vertrag für „mindestens zwei Jahre“, und zwar ist es bezeichnend, daß hier auch der Zahlungsaufschub für Sachleistungen gefordert wird, die die deutsche Regierung in ihren bisherigen Vorschlägen aufrecht zu erhalten versucht hat. Das Gutachten verlangt weiter eine ausländische Anleihe, um so das Vertrauen in die Mark stärken zu können. Außerdem wird die Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt als erforderlich bezeichnet, sie ist aber erst möglich, wenn die Währung stabilisiert ist. Auffallend optimistisch ist die Beurteilung der Frage, ob Deutschland ohne ausländische Hilfe an die Stabilisierung überhaupt herangehen kann. Jedenfalls stellt das Gutachten fest, daß der Einfuhrüberschuß nicht übermäßig groß sein kann und daß infolgedessen die Stabilisierung aus eigener Kraft möglich ist, wenn die Bedingungen dazu gegeben sind. Es wird also eine Stabilisierung der Mark zwischen 3000 und 3500 vorgeschlagen, zu deren Durchführung die Schaffung einer neuen Werteinheit notwendig ist. Der Kurs dieser neuen Werteinheit zur Papiermark kann aber erst später festgesetzt werden. Das Gutachten erhält weiter Richtlinien für die Stabilisierung der Mark und fordert zu diesem Zweck eine unabhängige Währungsstelle, der die Reichsbank einen Teil ihrer Goldreserven zur Verfügung zu stellen hat und die in einem feststehenden Kurs Papiermark ankauft. Die schwebenden Schulden sollen begrenzt werden. Unter den einzelnen Vorschlägen, die die Richtlinien enthalten, ist sehr wesentlich, daß man auch an die Schaffung von Goldschwachweilen denkt, daß man andererseits aber die Aufhebung aller Devisenverordnungen verlangt. Der Reichsbankdienst müßte in der Zwischenzeit hinreichend herausgehoben und teures Geld solange aufrechterhalten werden, bis die Stabilisierung der Mark gesichert ist.

Die Sachverständigen Biffering und Dubois haben inzwischen auch ihr abweichendes Gutachten veröffentlicht, dem der Sachverständige Santier Brand (London), ebenfalls zustimmt, jedoch unter Beifügung einiger weiterer Vorbehalte und Bemerkungen. Biffering und Dubois treten für eine Verämblichung von Banknoten aus Staaten mit normaler Währung, d. h. aus den Vereinigten Staaten, England, Holland, Schweden und der Schweiz, gegebenenfalls unter Zuzugung anderer Länder, ein. Diese Banknoten sollen die Gründung eines internationalen Stabilisierungsfonds ermöglichen, das ein Kapital von mindestens 500 Millionen Goldmark brauchen würde. Dieser Betrag wäre in Weichheit der deutschen Regierung auszugeben, für die die Reichsbank sich verbürgen sollte und die auf Währungen desjenigen Staates lauten würden, der die Pflicht zu akzeptieren hätte. Als besondere Garantie für die Vorwürfe des Syndikats werden die Garantien der Ausfuhrabgabe vorgeschlagen, danach sollte die Reichsbank einen weiteren Kredit in gleicher Höhe durch Verpfändung eines Teiles ihres Goldbestandes beschaffen, so daß zusammen eine Milliarde Goldmark aufgebracht werden könnte. Die Laufzeit der Weichheit sollte nach Meinung dieser Sachverständigen um höchstens zwei Jahre verlängert werden. Während der ganzen Laufzeit des Syndikats wäre auch nach diesem Gutachten Deutschland von allen Reparationsbarzahlungen und Sachleistungen zu befreien.

Das Brandt'sche Sondergutachten verlangte ein Moratorium auf mindestens zwei Jahre und läßt unter dieser Voraussetzung, aber sonst nicht, die Beteiligung von Londoner Banknoten an der Kreditgewährung in der obenbeschriebenen Form mit mindestens 5 Millionen Pfund Sterling für möglich.

Markt und Front finden gemeinsam.

Das Glend der Mark ist gleichzeitig das Glend des französischen Fronten. Das zeigt sich von Tag zu Tag deutlicher. Am Mittwoch hatte der Front an der Pariser Börse einen Stand erreicht, der schlechter war, als in den schlechtesten Tagen des Jahres 1920.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Fritz Jidder.

51

(Nachdruck verboten.)

Hasselstrum gab Hans eine Notiz zu halten, in der er Pferdemark aufgedeckt hatte, weiß der Teufel, zu welchem Zweck. Die Notiz war zu heiß, Hans ließ sie fallen und sie zerbrach. Das Pferdemark stand wie die Pest. Hasselstrum hörte, daß die Scherben stüßten und schlug Hans ins Gesicht. Hans blieb ruhig stehen, nur seine Knie bebten, dann wandte er sich um und ging langsam in den Abortraum, wo er zu weinen begann. Die Tränen liefen durch seine Finger, und während er ruhiger wurde, sprach es wieder in ihm: alles prüfte der Mensch und verheißt die Freiheit, anzuhören, wohin er will...

Da klopfte es draußen gegen die Tür. Der Hengstpeier stand draußen und lagte Hans, er solle sofort zu Abel und Breitschneider fahren und drei Kalfleimwäcker abgeben. Hans feste die Knie in die Tasche, holte das Rad aus dem Becken und fuhr los. Als er über die Brücke fuhr, packte ihn ein heftiges Weh in der Brust; er sprang vom Rade, trat an das Brückengeländer und sah in den Strom, auf den die Sonne glänzte. Er versuchte die Leuchtungen der Stromtröbe kill und die Brücke sei ein Schiff, das sich bewege und ihn fortjähre in ein anderes Land. Lange stand er so und harzte in die Hölle, dann hob er den Kopf — und war ruhig und froh. Er holte die Kalfleimwäcker aus der Tasche und warf sie in den Strom...

Unausgesprochen fuhr er dann am Ufer des Stromes entlang, ließ bald die Häuserflanken, die ihn zur Rechten begleiteten, zurück und kam in grünes Weidenland. Er versuchte den Lauf des Stromes auf Wegen und Stäben durch Dörfer und an Waldungen entlang; der Tag war warm, Hans spürte die Wärme. Nur einmal, an einem Bachwärtershäuschen, hielt er an und ließ sich ein Glas Wasser geben, dann fuhr er erregt weiter, in die Berge hinein, die immer näher heranrückten. Keine Spur von Müdigkeit war in ihm, nur ein jauchendes Gefühl kroch über ihn und ließ ihn sich selbst überlassen. Er freute sich unabhängig über die bunte Welt, durch die er ging, über den klammernden Staub des Straßens, die bunten Kleiderstücke der Leute, über den Sonnenwind und das schwebende Wasser, das alles bewegte. Wenn er die Straße zu weit an-

Die neuen Vorschläge der Reichsregierung.

Die neuen von der Reparationskommission verlangten konkreten Vorschläge der Reichsregierung zur Stabilisierung der Mark sind in einer langen Sitzung des Reichskabinetts am Mittwoch nachmittags endgültig verabschiedet worden und wurden noch am gleichen Abend der Reparationskommission überreicht. Der Vorschlag der Regierung macht sich die Grundaussage der Gutachten der ausländischen Finanzfachverständigen zu eigen: Notwendigkeit einer Stärkung der Mark unter gewissen Voraussetzungen, Herabsetzung der Reparationslasten und Gewährung einer äußeren Anleihe sind diese Voraussetzungen. Die Auffassung der Reichsregierung über das Zustandekommen einer äußeren Anleihe durch ein zu bildendes Sanctiontorium und die Verwendung der aufgebracht Mittel zu Stabilisierungszwecken wird in allen Einzelheiten angeführt. Unter der Voraussetzung, daß die Grundaussage in den Vorschlägen der Finanzfachverständigen Anerkennung findet, verpflichtet sich die Regierung zu durchzuführenden Maßnahmen zur Behebung der schwebenden Schuld und zum Ausgleich des Budgets. Die Mitwirkung der Reichsbank an einem zur Stärkung der Mark beruhenen Sanctiontorium wird in Aussicht gestellt. — Die Antwort der Regierung soll am Donnerstag veröffentlicht werden, ebenso das Gutachten der Finanzfachverständigen Wiering und Dubois.

Die Reparationskommission wird sich am Donnerstag vormittag in einer internen Sitzung mit der deutschen Antwort beschäftigen und beschließen, am Donnerstag noch eine gemeinsame Sitzung mit den Vertretern der Reparationsregierung abzuhalten. Am Freitag soll dann die Antwort nach Paris erfolgen.

Am Donnerstag vormittag werden die Parteiführer und die Presse vom Reichsamtler empfangen. In der Sitzung der Parteiführer soll auch über die Einberufung des Reichstages endgültig Bescheid getroffen werden. Die Einberufung erfolgt voraussichtlich für Montag. Am Mittwoch Abend wurde der Auswärtige Ausschuss des Reichstages über die Verhandlungen mit der Reparationskommission und die Vorschläge der Regierung unterrichtet.

Vertriebene Auslands- und Grenzdeutsche beim Reichspräsidenten.

Zwischen Chefs und ein Hilfsprogramm über. Vertreter des Ausschusses der Vertriebenen Auslandsdeutschen, deutscher Soldaten, Hilfswanderer der Grenzdeutschen im Reich, Reichsverband der Kolonialdeutschen, Vereingte Verbände heimatischer Oberländer, Verein „Wiederarbeit im Ausland“ (Hamburg) wurden vom Reichspräsidenten empfangen. Namens der Verbände trat nach einer kurzen Begrüßung Oberleutnant von Tilly von dem Reichspräsidenten im Namen des Ausschusses dessen gefällige Genehmigung vor. Diese wurde ebenfalls in laudatorischen Ausführungen durch Herrn Kupfer vom Verband der Elb-Elb-Vertriebenen erklärt.

Der Reichspräsident äußerte in seiner Erwiderung aus, er habe der Not der Vertriebenen sehr hohe Anteilnahme zugewandt.

Bei der Reichsregierung behärde erhalte wie bei ihm volles Verständnis und der beste Wille, den Vertriebenen nach Möglichkeit zu helfen. Es sei kein Zweifel, daß von allen Kriegsgewinnern die Vertriebenen mit am härtesten getroffen seien. Leider habe die bekannte Notlage des Reiches der Hilfsleistung eine enge Grenze. Von den Einschlüssen der Gemeinschaften nahm er mit Interesse Kenntnis. Er werde sie dem Reichsamtler und den unabhängigen Ministern übermitteln und sie zum Gegenstand einer Sprechung mit diesen Herren machen.

Nach dem Reichspräsidenten erwirbt Reichsamtpräsident G. S. des Reichs. Er gab einen kurzen Überblick über die noch bestehenden geographischen Verhältnisse im Reichsterritorium und sagte hinzu, er hoffe zu erreichen, daß die Zwischenstelle zu dem Gewaltübernahme durch die die Reichsregierung für Hausat von 100 000 auf 200 000 Mark und die Vermögensgrenze auf eine Million erhöht werden sollte und daß der Nationalitätenräumlicher Parteien bereits nächsten Monats zur Beratung gelangen. Hinsichtlich des neuen Nationalitätenrechts glaubte er, daß es auch nächsten Montag dem vollständigen Ausschuss überwiegen werden könnte.

Der Reichspräsident schloß sein, er werde seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die Vertreter der Verbände vor dem Ausschuss Gehör finden. Schließlich machte er darauf aufmerksam, daß die Vertriebenen berechtigten Beschwerden der Verbände vielfach darin zu finden seien, daß die geographischen Verhältnisse in den Parlamenten und Ministerien durch formalistisches, enges Vergehen der ausführenden Organe behindert werden.

benannte, hob Hans das Rad, um dann nach kurzem Ausblick auf die in eigene Schönheit verfallene Landschaft bei vorbeihenden Feldern mit weitabgehenden Weiten ins Ziel zu jaulen. Es war, als sei die Prähistorie kein Zufallswort: die in der Stadt jeden Tag ihre Läden geöffnet hatte, ihr ganzes Leben und jählich und ohne Hemme dahin, ließ der Sprung über eine am Ufer besetzte Schiffsstele nahm sie nicht ab. Die Worte waren zusammengegriffen. Hans fuhr den Weg entlang, den der Strom gezeichnet hatte, und als die Dämmerung ihre ersten Schleier zwischen die Bergflanken zog, war Hans in die Höhe der Grenze gelangt. Er ließ sich auf das andere Ufer übergeben und erreichte den Uebergang in voller Dunkelheit. Er sah das Licht der Jolantation und führte das Rad zu Fuß vorbei, ohne zu sagen. Der Jolantation wartet nur einen flüchtigen Blick auf Hans, den er für einen der Arbeiter halten möchte, die regelmäßig die Grenze überqueren, und rief ihn nicht an. Hans ermete auf und fuhr den Lichtern der Stadt zu, die einen knappen Kilometer vor ihm lag.

In der Herberge lag eine lustige Kumpel mit den großen Knudeln. Hans stellte das Rad in eine Ecke und setzte sich zu den Kunden; da aber fiel ihm plötzlich ein, daß er kein Geld mehr besaß. Er sprach mit dem Ausgehenden und bot ihm die Staghörner zum Kauf an, die ihm der Vater zur Konfirmation geschenkt hatte. Der Ausgehende gab ihm zehn Kronen dafür und zog davon zwei für Abendessen. Nachher lag er eine halbe Krone wurde noch vertrieben, und er vor Witterung fiel Hans schlaflos ins Bett. Er träumte ab, abliche Dinge. Eine weiße Landstraße lag vor ihm in großer Sonnenglut, er trat die Pedale, was die Wägen hergaben; denn hinter ihm lagte der alte Hasselstrum in der Uniform eines Jolantations auf einem schwarzen Pferde her. Da rief die Kette des Rades und Hans stürzte in den Graben. Hasselstrum lagte, daß die Goldstücke in seinem Korb blühten, Hans vermerkte den Riß zu riechen, Marie auf — und sah im hellen Morgenlicht die schwarzen Kunden. Wieder kniet er ein und sah neben Kubi in einer braunen Bodenwelle. Der Tag war grau und Kubi lag mit hilflos weichen Gesicht. Er hatte ein breites Gesicht in der Stirn und war tot... Auf einmal hoffte Hans auf der Reeling eines Schiffes, die See bewegte sich unruhig, die Sonne warf zerstreutes Licht zwischen die Masten. Aus der Küstentiefe kam ein Mädchen langsam hervor; sie war schön und ihr Haar flatterte im Winde. Sie blinzelte mit schmerzlichen Augen auf Hans, der sich nicht vom Tisch erheben konnte. Ueber ihn, auf der Kapitänsbrücke, stand Hasselstrum, sein verdammendes und bestes Gesicht lag in die Ferne...

Der Ausgang der amerikanischen Wahlen.

zum Repräsentantenhaus ist eine Heerrückung. Die Demokraten haben eine Mehrheit erhalten. Sie brachten 219 Mandate auf, während die Republikaner, die Partei Hardings und Hughes, nur 214 Siege erzielten. Gewählt wurden ferner 1 Sozialist und 1 Unabhängiger. Der Stimmungsumschwung innerhalb der Wählermassen ist auf innerpolitische und wirtschaftspolitische Momente zurückzuführen. Die Folgen des Schutzolltariffs, der eine Verbilligung der Lebenshaltung der armen Bevölkerung verhinderte, die Antitrustgesetzgebung und die besondere Art der Durchführung des Antikollisionsgesetzes sind zweifellos Hauptursachen, die den Demokraten den Erfolg brachten. Eine Änderung in der amerikanischen Politik bedeutet dieses Wahlergebnis wahrscheinlich nicht, da Präsident Harding mit seinem republikanischen Kabinett bis zum 4. März 1925 im Besitz seiner Regierungsmacht bleibt.

Die polnischen Wahlen.

Die bisher feststehenden etwa 300 Mandate des polnischen Sejms verteilen sich folgendermaßen: Rechtsblock 125, Links-Partei 45, Sozialisten und Thuytt-Partei je 30, Minderheitsblock 25, Nationale Arbeiterpartei 12, Galizische Zionisten 10, Stulski-Gruppe 5. Die noch ausstehenden etwa 70 Mandate dürften vor allem dem Minderheitsblock und den Bauernparteien zufallen.

Nach diesen vorläufigen Ziffern scheint die Link-, bestehend aus der bürgerlichen Witospartei, der noch weiter linksstehenden Thuyttpartei, den Sozialisten, der Nationalen Arbeiterpartei und kleineren Gruppen stärker geworden zu sein als der Block der Rechten, der bisher fast die Hälfte des Parlaments umfaßte. Da die eigentlichen Mittelparteien fast ganz ausgefallen sind, und weder Link- noch Rechte wiederum die absolute Majorität erhalten haben, dürfte die Haltung der nationalen Minderheiten einschließlich der Zionisten, vor allem also auch die der Deutschen, bei der kommenden Regierungsbildung von entscheidender Bedeutung sein.

Das jetzige Kabinett Nowak-Marutowicz, das durch das Vertrauen des Staatschefs Bilsulski berufen wurde, rückt sich bekanntlich auf eine Zusammenfassung der Linksparteien und der nationalen Minderheiten. Eine Fortsetzung dieser Politik, die mit den außenpolitischen Richtlinien Bilsulskis am besten vereinbar ist, dürfte auch nach diesem Wahlergebnis wieder das Gegebene sein. Nur wird die Stellung der nationalen Minderheiten, die bei sehr ungünstiger Wahlkreis-einteilung ihre Mandate erheblich verliert haben und jetzt außerdem zum größten Teil geschlossen vorgehen, in diesem Falle einflußreicher sein, als bisher. Vom deutschen Standpunkt aus gilt es für die kommenden Wirtschaftsbeziehungen als ein günstiges Vorzeichen, daß der autorisierte Nationalitätenblock der Rechten unter Führung Korfantys die erhoffte Mehrheit nicht erhalten hat. Damit sind auch gewisse nationalpolitische Konfliktspekulationen auf deutscher Seite enttäuscht, die sich z. B. in der „Schlesischen Tagespost“ nach den ersten Wahlziffern nicht entblödet hatten, die Erfolge dieser polnischen Deutschen als einen Sieg des „nationalen“ Gedankens in Polen zu begrüßen.

Die reichen Bauern und der Niedergang der Seidenproduktion.

In Frankreich, in Spanien und in Italien ist die Seidenraupenzucht in einem Maße zurückgegangen, daß die seidenverarbeitenden Industrien in diesen Ländern bald nicht mehr über inländische Rohstoffe verfügen werden. Grund hierfür sind die veränderten Verhältnisse in der Landwirtschaft. Die Seidenraupenzucht wird in Ländern betrieben, wo Arbeitskräfte viel und billig zur Verfügung stehen. Seit dem Krieg ist aber der Bauer in diesen Ländern reich geworden und vernachlässigt daher die unergiebige Produktion.

Der Ausgehende postierte laut an die Tür, der Traum zerbrach. Eine prächtige Morgenröte stand im kalten Raum und verkündete die verdächtigsten Farben eines Muttergottesbildes an der Wand. Ein junger wandernder Arbeiter, den Hans am Abend zuvor nicht bemerkt hatte, sang ein polnisches Lied, das einen hohen Kyprianus hatte und immer endete: Tralala — lolala — lolala — lolala — tralala!

Eine halbe Stunde später war Hans wieder auf freier Straße. Die Bergflanken hatten sich wieder zurückgelehnt und ließen jenseitige Hügel wie Perlmutter. Hans ließ sich die Morgenluft durch die Lungen wehen und war glücklich. Im Plan überfliegen sich jubelnde Vögel. Ein Kettenklepper arbeitete sich, drei Zillen im Schleppplan, stromaufwärts, auf den Streifen hin wippten der Schifferin Sonntagabend.

Nun wählte Hans auch, wohin er wollte. In der kleinen Stadt, die er in einer Stunde erreichen mußte, mochte ein Dufel von ihm, ein Fabrikdäpfer, der ihm am liebsten war von der ganzen Verwandtschaft. Was würde der zu dem plötzlich auftretenden Besuch sagen? Hans schlug Gedanken darüber in den heißen Wind. Er sah die ragende Baumgrüne, zu deren Füßen das Städtchen lag. Bald traf sich die Straße mit den Eisenbahngleisen, und die ersten Häuser kamen heran.

Die alten Outbeders liefen planlos in der Stadt herum. Seider Gesichter waren grau und verflumert, weil sie in den Nächten nicht schliefen. Sie fanden keine Ruhe zu Hause, er hatte sich von der Arbeit freigegeben, um seinen Sohn zu suchen. Die Frau leuchte in Not neben ihm her, denn er schritt hastig und verblühen aus. Ihr Gesicht war aufgelöst vom Weinen und von dem Bewußtsein der Schuld, die ihr der Mann immer wieder vorhielt. Während sie ohne Hoffnung neben dem Manne hertrieb, fiel er von ruhigen Sitzungen in heftige, von solchen der Hoffnung in solche der Verzweiflung. Einmal meinte er, Hans sei genug zu kommen, als daß er sich ein Bett erkaufen könnte, dann wieder hielt er ihn bestimmt für tot. Die Posten und die Zeitungen hatten sich der Sache angenommen, nun liefen die Seiden von einem Büro ins andere und lauzierten den Briefträgern auf, immer in der Hoffnung, endlich aus der aufkeimenden Ungewissheit über den Verbleib ihres Kindes herauszukommen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Lage in Bayern.

Die Wahl Anflings. — Der Faschismus Hilters und seine Abwehr.

München, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Bayerische Landtag trat heute zu einer neuen Tagung zusammen und nahm nach Erledigung formaler Angelegenheiten die Wahl des Ministerpräsidenten vor. Von 143 abgegebenen Stimmen wurden für Dr. Knilling 86, das heißt 6 Stimmen über die verfassungsmäßig notwendige Zahl, abgegeben. Eine Stimme fiel auf Dr. Helm, eine auf Dr. Zahnbrücker, dessen Ausschluss aus der Bayerischen Volkspartei seinerzeit großes Aufsehen erregte, und eine Stimme auf Adolf Hitler, den Führer der bayerischen Nationalsozialisten, was stürmische Heiterkeit hervorrief. Die Sozialdemokratie übte Stimmensperre aus. Dr. Knilling erklärte, trotz erster, allgemeiner und persönlicher Bedenken die Wahl anzunehmen. Sein Programm wird er am Donnerstag vor dem Landtag entwickeln.

Die Demokraten gaben eine Erklärung ab, nach der sie sich der Stimme enthalten, da sie in keiner Weise über die Absichten der Koalitionsparteien bei der Umbildung der Regierung informiert worden seien. Sie könnten die neue Regierung nur unterstützen, wenn sie gewillt sei, Ordnung und Sicherheit in treulichen Zusammenarbeiten mit dem gesamten Deutschland zu erwirken; ferner unter der Voraussetzung, daß die Regierung alle verfassungswidrigen Verträge der Gewaltanwendung entschlossen niederlegt und die Autorität des Staates zur vollen Geltung bringt.

Die Nationalsozialisten, auf die sich die letzte Beratung in der Erklärung bezieht, sind durch die entschlossene Haltung der sozialistischen Arbeiterpartei stark in Verlegenheit geraten. Die Organisation des proletarischen Selbstschutzes ist in vollem Gange. Es heißt, daß die Nationalsozialisten am Donnerstag auf der Theresienwiese eine große Versammlung veranstalten wollen, um von dort aus ihren Angriff auf das Gewerkschaftswesen als Gebäude der „Münchener Post“ auszuführen. Nach eben erhaltenen Informationen bestehen zwischen Hitler und den italienischen Faschisten enge Beziehungen.

Berliner Pressestimmen zum 9. November.

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem Geburtstag der Republik unter Hinweis auf die reaktionären Bestrebungen gewisser Kreise des deutschen Bürgertums u. a.: „Die würdevollsten und zweckmäßigsten Feiern des Revolutionstages kann nur darin bestehen, daß sich die Arbeiterklasse der Größe ihrer Aufgabe bewußt wird, ihre Kräfte sammelt, um den von allen Seiten drohenden Gefahren Herr zu werden. . . . Deutschland ist nicht Rußland und auch nicht Italien. Es wird sich weder zu selbstmörderischen kommunistischen Experimenten, noch zu schicksalhaften Arbeiten hergeben. Unauslöschlich lebt vielmehr in der Seele der deutschen Arbeiter neben der sozialistischen Erkenntnis der Geist der Revolution, der am 9. November seinen ersten Sieg über den kapitalistischen Obrigkeitsstaat davongetragen hat, diesen haben Sie zu einem Ganzen zu machen, das sei die Parole, unter der die Arbeiterklasse heute den Jahrestag der Revolution begeht.“

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht anlässlich der vierten Wiederkehr des Jahrestages der Republik Verurteilungen Waldersee gegen das Kaiserregime: „Aus der Vorgeschichte des 9. November. Auch diese Verurteilungen sind, wie die „Vossische Zeitung“ sagt, charakteristisch für Stimmungen und Erregungen, die das deutsche Schicksal entscheidend beeinflussen haben.“

Das demokratische „Berliner Tageblatt“ hält es nicht für notwendig, dem Jahrestag der Republik auch nur einige Worte des Gedenkens zu widmen.

Regierungsänderung in Baden.

Zum Nachfolger des bisherigen deutschdemokratischen badischen Finanzpräsidenten Prof. Hummel ist der bisherige badische Finanzminister Genosse Adam Kemmel gewählt worden. Hummels Amt als Kultusminister übernimmt der demokratische Hochschulprofessor Dr. Heilpach. Hummel übernimmt einen leitenden Posten in der Privatindustrie.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags

Beschäftigte sich am Mittwoch mit der Rentenerfüllung. Von der Regierung wurde mitgeteilt, daß bisher aus Reichs- und Staatsmitteln 586 Millionen Mark besonders für Kleinrentner zur Verfügung gestellt wurden. Bis zur Schaffung eines Reichswohlfahrtsgesetzes werde noch einige Zeit vergehen. Die Demokraten beantragten, ein besonderes Gesetz für Kleinrentner zu erlassen, was von unseren Genossen abgelehnt wurde, die eine Beschleunigung der Arbeiten für das Reichswohlfahrts-gesetz forderten.

Kein Achttundentag für die Schupo.

Angehörige der Berliner Schupo verlangten vor einigen Tagen in einer Versammlung die Durchführung des Achttundentages. Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, hat bereits unmittelbar nach dieser Versammlung erklären lassen, daß für die Schupo die Einführung des Achttundentages nicht in Frage kommen kann. Diesen Standpunkt vertritt der Minister auch in einer solchen erregten Verfügung, die eine Aenderung der im Januar vorgeschriebenen Dienstverteilung bewirkt, deren Durchführung bisher aber zu Schwierigkeiten geführt hat. Die staatlichen Polizeiverwalter sollen entsprechend den örtlichen Verhältnissen feststellen, ob der Dienst innerhalb der geforderten Gesamtdienstzeit in Schichten von 8, 12, 24 usw. Stunden abgehalten ist. Geordert wird, daß mindestens 22 Stunden wöchentlich im Straßendienst verbracht werden. Der Ausbildungsdienst, auf den auch bei den Beamten des Einzeldienstes nicht verzichtet werden kann, soll außerhalb der geschlossenen Dienstzeit verlangt werden. Der Gesamtdienst ist so zu regeln, daß in ruhigen Zeiten möglichst jeder dritte Sonntag völlig dienstfrei bleibt. Diese Bestimmungen beziehen sich nur auf die im Einzeldienst befindlichen Beamten der Posten in Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung.

Eine überflüssige Demonstration.

Nach Mitteilung der kommunistischen Presse verharren fünf politische Gefangene in der Strafanstalt Görlitz seit 11 Tagen im Hungerstreik. Wie wir erfahren, sind unter diesen Gefangenen drei, die von außerordentlichen Gerichten des Reichs — und zwar wegen Sprengstoffverbrechens — verurteilt sind. Dieser jetzt zu Agitationszwecken ausgeübte Hungerstreik ist um so sinnloser, als der beim Reichsjustizministerium lagende Amnestieauschuß für diese drei Gefangenen bereits am 28. Oktober seinen Vorschlag gemacht hat und die Erledigung nach einer noch notwendig gewordenen Rückfrage unmittelbar bevorsteht.

W.F.B. teilt dazu noch mit: Die Nachricht, nach der in der Strafanstalt Görlitz fünf Gefangene, die in den Hungerstreik getreten seien, künstlich ernährt würden, indem sie von den Wärtern auf dem Operationstisch festgehalten wurden, und ihnen mittels Schlauch Wasser eingespritzt worden sei, trifft, wie der „Münchener Post“ berichtet, nicht zu. Von den fünf Gefangenen, die in den Hungerstreik getreten sind, hat einer den Streik bereits aufgegeben. Die übrigen vier haben sich, als sie erfuhr, daß ihnen bei weiterer Weigerung die Nahrung künstlich zugeführt würde, freiwillig bereit erklärt, die Nahrung, die sie sonst künstlich erhalten würden, zu sich zu nehmen.

Graf Waldersee über den letzten Kaiser.

Die Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin bringt solchen zwei Bände der nachgelassenen Denkwürdigkeiten des Grafen Waldersee heraus, der bekanntlich zu den Lieblichen Wilhelms II. gehörte und von diesem zum Generalfeldmarschall im höchsten Feldzug ernannt wurde. Diese Denkwürdigkeiten liefern wertvolles Material zur Ergänzung des historischen Bildes vom Ende des deutschen Kaiserturns.

Waldersee klagt am 24. November 1890: „Leider hat der Kaiser Zutrittsereien sehr gern, begünstigt sie in jeder Weise, gestattet seiner Umgebung Urteile über andere, ermuntert sie womöglich dazu. . . Er überlegt, daß neun Zehntel der Leute ihm nach dem Munde reden. Er bemerkt nicht, wie viele er verfehlt, wie viele er mißtrauisch und daher unsicher macht, wie sehr er auf diese Art die Leute gegeneinander aufhetzt, also in Summa Unheil anrichtet.“

Und am 19. Dezember noch schärfer: „Ich war heute beim General Beren. . . Er kennt den Kaiser ganz genau und hat ihm früher sehr nahe gestanden. Auch er ist sehr enttäuscht und denkt über die Entwicklung des Monarchen gerade so wie ich. Die nächste Umgebung ist so weit, daß niemand etwas zuzusagen wagt. . . Jeder fürchtet für seine Stellung. Leider ist dieses so. Wir haben darüber gesagt, daß Bismarck die Charaktere unterbrückt, hier aber sehen wir dieselbe, nur in härterer und gefährlicherer Form.“

So urteilt ein Mann, der zu den ausgesprochenen Günstlingen des ehemaligen Kaisers gehörte, über dessen Regierungswelt! Wer hätte einst gedacht, daß der Generalissimus im Sonnenfeldzug noch einmal zum Kronzeugen gegen die Monarchie und für die Republik werden würde!

Die Kommunistenparole bleibt dieselbe.

Der vierte Weltkongreß der kommunistischen Internationale ist in Moskau gestern eröffnet worden. Dem Präsidium gehören u. a. Clara Zetkin, Lenin und Trocki an. In seiner Eröffnungsrede bezeichnete Sinowjew das letzte Jahr als ein entscheidendes für die kommunistische Internationale. Der Kampf mit der vereinigten zweiten Internationalen sei die Hauptaufgabe. . . Also nicht der Kampf gegen die Kapitalisten, sondern gegen die anderen Sozialisten!

Gewerkschaftsbewegung.

Quartalsversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Die Tagesordnung sah folgende Punkte vor: 1. Geschäfts- und Kassenericht des 3. Quartals 1922. 2. Wirtschaftslage und Teuerungssituation. 3. Beschlüsse.

In der überaus gut besuchten Versammlung am Montag, den 6. November, im großen Saale des Gewerkschaftshauses erstattete Kollege Fuhrmeister den Geschäftsbericht. Einleitend gab er einen Rückblick über das vergangene Wirtschaftsjahr, das für die Eisenbahnverwaltung das arbeitsreichste seit Bestehen der Ortsgruppe war. Der rasche Wochens Wechsel des Reichsministers Dr. Walther Rathenau brachte uns daran in Mitleid mit dem Auslande gegenüber, daß wir heute den Zusammenbruch der Deutschen Währung vor uns sehen und eine ungewisse Teuerung und Verelendung der großen Masse des deutschen Volkes mitteilen müssen; vor allem nahen Hungergefahr durch die Notwendigkeit, Ärmern und Weisen. Auf Grund der außerordentlich hohen Preise für alle notwendigen Artikel, insbesondere Milch, Brot und Kohlen, liegt die Not außerordentlich nahe. Andere Kollegen wandten sich an ihre einzige Stütze, die Organisationen, um einzugehen und das Geld zu sparen. Es darf daher kein Wunder nehmen, wenn in den letzten 3 Monaten 5 Lohn- und Gehaltsbewegungen für alle Staatsarbeiter, Angestellte und Beamte, davon je 2 im August und September, durchgeführt worden sind. Das Ergebnis dieser Bewegungen betrafte keinesfalls und mehrenfalls stand die Arbeitsniederlegung auf des Meisters Schenke und nur durch die Kraft und Einsicht der Führer, unterstützt vom Funktionärkörper, war es möglich, das Schlimmste zu vermeiden. In 100 Verhandlungen, Sitzungen und Konferenzen mußte für Aufklärung gefordert und die Stellung der Ortsverwaltung verteidigt werden. Außer dieser außerordentlichen Tätigkeit mußten noch die ständig wachsenden Büroarbeiten erledigt werden. Trotz aller großen Anforderungen, die in letzter Zeit von unseren Kollegen an uns gestellt wurden, muß festgestellt werden, daß eine berechtigte Kritik an der Geschäftsführung der Ortsverwaltung bis heute nicht erhoben wurde und auch heute abend nicht erhoben werden kann. Trotzdem alles versucht worden ist, die eckige Lage der Kollegen zu lindern, so ist doch sehr bedauerlich, daß es bisher kein Komitee, wenn unsere Kollegen mehr wie bisher die Arbeiterpresse und die Genossenschaftlichen unterstützen würden.

Damit gab Kollege Nowak den Kassenbericht, aus dem zu entnehmen war, daß die Ortsgruppe in der Vorbereitungszeit begriffen ist. Die Kassenverhältnisse sind gut zu nennen. Auf Grund der herausragenden Markten im Verhältnis zur Mitgliederzahl entfallen pro Mitglied 12 Beitragsmarken. Es stehen uns jedoch in allerhöchster Zeit bedeutende Ausgaben für Erweiterung der Büroarbeiten, Ergänzung und Neueinrichtung von Büro-Artikeln, für Erhöhung von Beleuchtung, Heizung und Mieten bevor. In der Mitgliederbewegung konnte ein Zuwachs von 305 verzeichnet werden, so daß der Bestand am Schluß des Quartals 8560 zahlende Mitglieder betrug. Im übrigen wies Kollege Nowak noch darauf hin, daß die Kollegen durch Entnahme von Baufondsmarkten für den Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses ihre Pflicht voll und ganz erfüllt hätten.

In der nun folgenden kurzen Ansprache wurde die Tätigkeit der Ortsverwaltung anerkannt und dem Kassierer Entlassung erteilt.

Nachdem erhielt Kollege Grohmann das Wort zu seinem Vortrag über die Wirtschaftslage und Teuerungssituation.

In seinen ausführlichen Darlegungen ging er auf die inneren und äußeren Ursachen der katastrophalen Lage des deutschen Wirtschaftslebens ein. Heute müssen diejenigen, die bei den Reichstagswahlen 1920 den Lehren der Deutschen Volkspartei, weg mit der Zwangswirtschaft, gefolgt und dadurch die Anhänger der freien Wirtschaft unterstützt haben, die Zehne bezahlen. Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist es dem in Konzernen und Monopolen zusammengeschlossenen Großkapital möglich, einfach die Preise für alle Waren auf dem Wirtschaftsmarkt zu diktieren. Die Gewerkschaften haben deshalb alle Mühe, durch Forderung von Lohnverhandlungen einigermassen die höheren Preise durch Lohnerhöhungen auszugleichen. Die Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die bereits am 24. August 1922 der Reichsregierung unterbreitet und später gemeinsam mit der Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei ergänzend erhoben wurden, konnten nur zum Teil erfüllt werden, da die in ihrer Mehrheit dem Großkapital nahestehenden bürgerlichen Minister des Reichskabinetts den Forderungen ablehnend gegenüberstanden. Auch im Parlament ergab sich das selbe Bild. Die Forderungen, die zum Teil nur auf dem Wege der Gesetzgebung durchgeführt werden konnten, wurden von der geschlossenen bürgerlichen Mehrheit im Reichstag abgelehnt und die vierfache Erhöhung für das erste Drittel der Getreideumlage beschlossen. Dadurch ist der Beweis erbracht, daß nicht die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung, und die Führer der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien Schuld an den elenden wirtschaftlichen Verhältnissen sind, wie es die reaktionäre Presse täglich verkündet, sondern die kapitalistische Profitgier des Großkapitals und Agrarierturns, die auf Kosten der Arbeiterklasse und des gesamten arbeitenden Volkes die Konjunktur ausnützt und sich bereichert. Allen denjenigen Kollegen aus unserer eigenen Reihen, die uns jetzt die Vorwürfe machen, sei gesagt, daß ihre eigenen Verhältnisse besser sein könnten, wenn sie ihre Pflicht bei der Reichstagswahl 1920 erfüllt hätten.

Schwere gewerkschaftliche und parlamentarische Kämpfe stehen bevor. Die Großindustrie, unterstützt von der gesamten bürgerlichen Presse, sieht nur einen Ausweg aus diesem Elend, durch Aufhebung des Achttundentages und Verlängerung der Arbeitszeit. Dem ausgebeuteten, ausgemergelten Arbeitnehmer soll zugemutet werden, durch Verlängerung der Arbeitszeit die gesamten Kosten des durch den Weltimperialismus verschuldeten Krieges zu bezahlen. Die Forderung der Großindustrie an die Reichsregierung zur Einleitung der Staatsmacht und der offene Brief des Großindustriellen August Thyssen an den Reichskanzler Brüning zur Aufhebung des Achttundentages mäßigen dem letzten indifferenten Arbeiter die Augen öffnen und ihn in die Reihen der Klassenkämpfer und die Kampforganisationen einführen.

Die Vorgänge in Bayern und Italien, der Aufmarsch der Reaktion in Deutschland, alles deutet darauf hin, daß die Reaktion zu einem Angriff übergehen wird. Deswegen heißt die Politik in nächster Zeit für das deutsche Proletariat, wachsam und auf der Hut zu sein. Kollege Grohmann schildert nun eingehend den Verlauf der letzten Lohn- und Gehaltsbewegungen und schloß mit dem Hinweis, die bürgerlichen, reaktionären Blätter, die täglich unsere Interessen mit Füßen treten, aus den Arbeiterwohnungen herauszuwerfen, die sozialistische Presse zu lesen und den Konsumverein „Vorwärts“ zu unterstützen, seine mit großem Fleiß aufgenommenen Ausführungen.

In der darauf einsehenden Ansprache wurde von allen Kollegen, auch der der oppositionellen Richtung, die schwierige Lage der Gewerkschaften anerkannt, und die Ausführungen des Kollegen Grohmann unterstützt.

Bezirksbetriebsrat Kollege George schildert ein Urteil der heutigen Klassenjustiz, das das Schwurgericht in Glogau gegen den Vorsitzenden der Ortsgruppe Raubden des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Kollegen Hahn und 35 andere Kollegen gefällt hat. Diese waren wegen Landfriedensbruch und Sabotage angeklagt, die sie angeblich bei der Durchführung des Eisenbahnerstreiks im Januar 1922 begangen haben sollten. Trotzdem der Staatsanwalt die Anklage auf Landfriedensbruch fallen lassen mußte, und den Kollegen kein Fall von Sabotage nachgewiesen werden konnte, wurde Kollege Hahn zu vier Monaten Gefängnis, die übrigen Angeklagten zu Geldstrafen verurteilt. Diese Ausführungen riefen große Erregung in der Versammlung hervor und nur durch die Mitteilung der Ortsverwaltung, daß die Mittel zur Verfügung gestellt worden sind, um Revision gegen das Urteil einzulegen, hielt die Versammlung davon ab, schwerwiegende Beschlüsse zu fassen.

Nach eindrucksvollen Ermahnungen, die Einrichtungen die sich die Arbeiterklasse selbst geschaffen hat, mehr wie bisher zu unterstützen, schloß Kollege Fuhrmeister gegen 12 Uhr die eindrucksvolle Versammlung.

Achtung, Hausmeister!

Die Organisationen der Haus- und Grundbesitzer haben wiederum abgelehnt, einen Tarif mit den Organisationen der Hausmeister abzuschließen. Darauf sind dem Schlichtungsausschuß der Stadt Breslau folgende Forderungen der Hausmeister unterbreitet worden:

1. für Straßencleaning pro Quadratmeter den Monat 2,- Mark,
2. Hofbereinigung, dreimal die Woche, pro Quadratmeter und Monat 1,70 „
3. Treppencleaning pro Stotwert und Woche:
 - a) gestrichen oder belegte Treppen 45,- „
 - b) rohe Holztreppe, Stein- oder Kunststein-treppen 60,- „
4. Hausarbeiten und Fensterreinigen, sowie alle Sonderarbeiten werden nach den üblichen Stundenlöhnen gezahlt.

Aus oben angeführten Gründen werden die einberufenen Bezirksversammlungen auf spätere Zeit vertagt. Nach Tagung des Schlichtungsausschusses werden im Vereinskalender die selben bekanntgemacht. (Siehe Vereinskalender.) Die Ortsverwaltung.

Bereinstalender.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltung Breslau, Freitag, den 10. November, nachmittags um 5 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Vertrauensmännerversammlung aller Bezirke. (Näheres siehe heutiges Interat.)

Achtung, Hausmeister! Die einberufenen Hausmeisterversammlungen fallen aus. Siehe gewerkschaftlicher Teil.

Freie Turnerschaft Breslau, Sonntag, den 12. November, früh 8 Uhr, findet in der hiesigen Turnhalle, Reichstraße, eine Uebungsstunde für sämtlicher Spiel- und Sportleiter der Uebungen statt. Unter anderem wird Sportmassage praktisch vorgeführt. W. J. Vereinspräsident.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Garmisch, Sonntag, 12. November, nachmittags 2 Uhr, findet in Roberwitz bei Störz eine Bauarbeiterversammlung statt. Jeder Kollege hat zu erscheinen.

Laboremajni laborist-Esperantistojn ni frate invitas partopreni niajn cinsamajn ekzercadojn en sekvantaj kunvensoj. Brandenburger Straße 16, c/o Howard, wurde 8-11 h. vesp. Martinstraße Restaurant der Guttempler Jaude 7-10 h. vesp. Grünstraße 14-16, Freie Religionsgemeinde sabate 7-10 h. vesp. Sintermpo ni invitas c'linjn interesulojn precipe pacifistojn, viziti nian c'limonatan klerigovesperon, okazonta sabate 11. Novembro vesp. 7 1/2 h. en Grünstraße. La arangajo estas germane — esperant — lingve porpacifismo. Ne forrestu!

Dr. Oetker's Fabrikate

Backin, Pudding-Pulver, Milcheiweiß-Pulver, Vanillin-Zucker, Gustin

sind Glanzleistungen küchenchemischer Er-rungenschaften u. werden von erfahrenen Haus-frauen als Perlen im Küchenschatz bezeichnet.

Die bekanntesten Marken sind:

Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
 Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
 Dr. Oetker's Pudding-Pulver
 Dr. Oetker's „Gustin“
 Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver
 Dr. Oetker's Rote Grütze
 Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

Dr. A. Oetker
 Bielefeld.

Ein Dollar (vorläufig) 8000 Mark.


Führende Häuser des Breslauer Großhandels (2. Fortsetzung)

ERNST SPRUNG
Herrenhut-Großhandlung
Telephon Ring Nr. 9045 BRESLAU Kaiser-Wilhelm-Straße 32

Louis Silberstein
Breslau 3, Freiburger Straße Nr. 36
Stroh- und Filzhutfabrik

Siegmund Blaschke
Leder-Großhandlung Breslau 7, Höfchenstr. 84 Telephon Ring 2537 und 5993

Maschler & Klarenmeyer
Pelzwaren — Sportpelze — Damenpelze — Pelz-Kragen und Muffen — Pelzbesätze
Breslau 1, Karlsstraße 32 • Telephon Amt Ring Nr. 10560

 **Richard Busch & Co., G. m. b. H.**
Breslau III, Freiburger Straße 22, Fernsprecher Ring 11696
„LIGA“-Gummi-Sohlen, Gummi-Absätze

Goldner & Altmann
Breslau Karlstraße 36 Berlin Kaiser-Wilhelm Straße 44
Tücher / Wollwaren
Decken / Trikotagen
Engros Export

Schlesische Ein- u. Verkaufs-Gesellschaft für Fleischerei-Produkte m. b. H.
Darm Talg Gewürze
Telephon Ring 1179 BRESLAU 6 Nikolaistadtgraben 18

Sandberg, Schottlaender & Co.
Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
Telephon Ring 2529 BRESLAU Graupenstraße 2/4

Arnold Weiß
Strumpfwaren Trikotagen Seidenbänder
Fernsprecher: Ohle 6268 Breslau 1 Schweidnitzer Straße 43b

Gebr. Lippmann & Cohn • Breslau
Herrenkleider-Fabrik • Tuchgroßhandlung
Karlstraße Nr. 30 Telephon Ring 2540

Abramsohn & Lippstädt
Herrenkleiderfabrik
BRESLAU I
Reuschestraße 20/21
Fernsprecher Ring 9018 : Telegramm-Adr.: Alib

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Abfahrt Odertor-Bahnhof		Ankunft	
Richtung Oels.			
Oels 4 ⁵⁰ W 6 ²²	Richtung Oels.		Namslau 7 ⁰² Sonntags
Freyhan 5 ⁵⁵ 5 ⁵⁵ 5 ⁵⁵	Richtung Oels.		Oels 5 ⁵⁵ W 7 ⁰² 5 ⁵⁴ Sonnabends
Lublinitz (Myslowitz) 6 ²⁷ 10 ⁰⁷ 3 ⁰³ 6 ²³	Richtung Oels.		Freyhan 8 ³¹ 11 ⁴⁹ 11 ³⁸
Militzsch Sonnabends 5 ⁴⁵	Richtung Oels.		Lublinitz (Myslowitz) 9 ⁵¹ 2 ⁰⁹ 5 ⁴¹ 11 ⁴⁹
Kreuzburg 11 ²⁰	Richtung Oels.		Militzsch 10 ²¹ Sonnabends
Rosenberg 12 ⁵⁷ 6 ¹⁵ E	Richtung Oels.		Rosenberg 7 ⁵⁷ 8 ²¹
Vorortzug:			
Hundsfield 5 ⁴¹ W	Richtung Trebnitz.		Hundsfield 6 ¹⁵ W 4 ⁵⁴ W
Richtung Trebnitz.			
6 ⁴⁵ 11 ⁴³ 1 ⁵³ W an Schultagen 7 ⁰⁰ 11 ²⁰	Richtung Trebnitz.		6 ³⁰ 9 ⁰⁵ 1 ⁵² 3 ¹⁰ W an Schultagen 9 ⁵⁵
Richtung Laskowitz - Beckern über Schöffwitz	Richtung Trebnitz.		Richtung Laskowitz - Beckern über Schöffwitz
4 ²⁰ 2 ²⁰ 7 ¹⁵	Richtung Trebnitz.		7 ³⁰ 5 ²² 10 ⁴³
Abfahrt Kleinbahn			
Breslau — Trebnitz — Prausnitz.		Prausnitz — Trebnitz.	
Prausnitz 7 ¹⁰ 6 ²²	Hochkirch 6 ⁵⁰		
Hochkirch 10 ⁴⁵	Prausnitz 8 ²⁷ 6 ¹⁰		
Trebnitz 2 ⁰⁰ 11 ²⁰ Mittwoch, Sonntags und	Trebnitz 1 ²⁵ 10 ⁴⁵ Mittwoch, Sonntags und		
Festtags	Festtags		
Wiese Sonntags 3 ³⁵	Wiese Sonntags 3 ³⁵		

Reserviert für B. Perl junior, Nachfolger

Jedes Buch und alle Zeitschriften
besorgt die
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau 2, Neue Graupenstraße 5

Für Massenaufgaben von Drucksachen
Rotationsdruck
größte 6-seitige Maschine im Osten
Volkswacht-Buchdruckerei
Breslau 2, Flurstraße 4-6

Julius Löwy, Breslau I
Stroh- und Filzhut-Fabrik
BRESLAU I
Reuschestraße 47/48 = Fernsprecher 10767

Goldstein & Aronsohn
Fabrikation von Blusen und Kleidern
BRESLAU I
Telephon Amt Ring 3784
Schweidnitzer Straße Nr. 43 b, Eingang Hummerlei

M. Berger & Co.
Strumpfwaren - Ausrüstung
Chemnitz Köln Bitburg (Eifel)
Einkaufshaus Lager, Passage 33 Strickerei
Ständiges Lager: BRESLAU, Nendorfsstraße 11. Telephon Nr. 7265

Georg Brinnitzer
Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
Breslau, Reuschestraße 16/17, Telephon Ring 449

Max Cohn & Co., Breslau
Kurzwaren — Garne — Knöpfe
Neue Weltgasse 6/10 — Fernsprecher Ring 6544 und 6545

Brauer & Schwartz, Breslau
Reuschestraße 20/21 / Fernsprecher Ring 5480
Wäsche- und Schürzen-Fabrikation

H. L. Günther
Spedition — Speicherei
Gegründet 1826
Sammelverkehre
Speicher mit Gleisanschluss
Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Straße 3

Hermann Kalischer
Tuchgroßhandlung
Breslau, Karlsplatz 4 — Telephon Ring 1765

Nothmann & Jacob, Breslau
Wallstraße 11 — Nikolaistraße 10/11 — Fernsprecher Ring 2868
Haus- und Küchengeräte-Großhandlung — Glas — Porzellan — Steingutwaren

Josef Salomon • Strumpffabrik
Woll- und Trikotagen-Großhandlung
Berlin C Breslau Apolda
Lindenstr. 58/59 Dessauerstr. 1, Telephon Ring 5841 Alexanderstr. 23

 **Wäschefabrik Silesia**
Fritz und Georg Kinski, Breslau, Teichstraße 24 (in der Nähe der Gartenstraße)
Sport- und Oberhemden nur eigener Fabrikation

Marek & Co.
Inhaber: Theodor Marek
BRESLAU 10, Belltafelstraße Nr. 15
Fernsprecher: Amt Ring 5094
Aerztliche Artikel, Verbandstoffe, Gummiwaren
Chirurgische Instrumente, Krankenhausartikel

H. Windmüller
Breslau I Schloßhölle 11
Telephon Ring 3327 Gegründet 1874
Spezialgeschäft für Sattler- und Wagenbesieder

Hans Tworoger, Breslau
Herrenstraße 17/18 = Telephon Ring 10843
Wattierleinen / Taschenfutter / Rohnessel / Aermelfutter / Genua-Cords etc. en gros

Schlesinger & Grünbaum
Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
Telephon Ring 735 u. 298 Breslau 11 Bütnerstraße 32/33

Reserviert

J. Schlamme & Co.
Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
Breslau I — Schweidnitzer Straße 31 — Telephon Ring 1515 — Gegründet 1880

Ball, Bromberger & Co.
Breslau I, Schweidnitzer Straße 31 • Telephon: Amt Ohle 275
Hosenfabrik Spezialität: Broches

Dallmann & Seidenberg
Breslau I, Graupenstraße 6-10
Tabakpfeifen, Zigarren- und Zigarettenspitzen

Sandberg, Sperling & Singer
Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
Schmidlebrücke Nr. 15/16, Eingang Kupferschmidlebrücke 41 = Telephon Amt Ohle Nr. 1157

Max Jacobowitz
Schuh-Leder en gros
Freiburger Straße Nr. 24

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 9. November.

Bereinigete Sozialdemokratische Partei.

Niemand vergesse, daß am Montag, den 13. November, die allmonatlichen

Distrikts-Versammlungen

stattfinden. Unter anderem wird ein Vortrag über das außerordentlich wichtige Thema:

„Die bevorstehenden parlamentarischen Kämpfe“

gehalten. Jeder Parteigenosse richte sich auf diese Versammlungen ein.

Das Volk steht bei der Sozialdemokratie, das hat der

Sieg der Sozialdemokratie in Sachsen

bemiesen. Aber die Stimmabgabe allein genügt nicht. Jeder, ob Frau oder Mann, muß sich der

Sozialdemokratischen Partei

anschließen. Muß Opfer bringen, um die bevorstehenden Kämpfe

gegen Monarchisten, Ausbeuter und Brotwucherer

gegenreich führen zu können. Handelt danach!

Distrikt 26. E ntlische Parteifunktionäre und die Agitationskommission treffen sich zu einer wichtigen Sitzung morgen Freitag, den 10. November, abends 7 Uhr, beim Genossen Schmidt.

Aktion, Arbeiterjugend! Am Sonnabend, 11. November, wird vom Heim 4, in der Stadtmitteln, Höfchenstraße 80, ein Elternabend veranstaltet. Die Festrede hält Jugendgenosse Reinhold Zimmer. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 3 Mark erhoben. Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr.

Für das Parteipotter gingen weiter ein: Buchmann 30 M., Thaler und Frau 100 M., Ungenannt A. P. 40 M., Ungenannt d. Todus 500 M., Ungenannt d. Borahheim, Distrikt 36, 2900 M., von den kaufmännischen Angehörigen der Volkswacht 900 M., Dr. Cohn 50 M., Dr. Ward 400 M., Dr. Heppner 100 M., Fr. 300 M., Oberpräsident 500 M., Silbermann 100 M., Gemeindeglieder Gottwald 30 M., Dr. W. 1000 M., B. S. 500 M., Hirsch 10 M., Adam 100 M., Bowitz 300 M., Pfliger 300 M., Ungenannt 60 M., Ungenannt d. Gen. Israel 150 M., Lummer 100 M., Sekretär R. 20 M., Görte 500 M., Emmertich 30 M., Berg 2000 M., Gratta 2000 M., Wandmann 3000 M., Silbermann 1000 M., Mallich 500 M., Gellert 50 M., Reichlein 150 M., Ungenannt 30 M., H. und R. 50 M., Ungenannt Fr. 401,50 M., Ungenannt Gr. 200 M., Hirt 100 M., Gind 50 M. Weitere Spenden werden mit Dank im Parteisekretariat Margaretenstraße 17, 2. Stock, Zimmer 36, entgegengenommen.

Hob. Herrmann, Kassierer.

Postfachkonto 311,58.

Vier Jahre.

Wieder einmal fährt sich der Tag, wo in Deutschland der Säbel keine Herrschaft verlor, und Männer mit roten Armbinden sich in Erscheinung traten, um das allgemeine Chaos zu verbannen. Das ist besonders in Breslau vortrefflich gelungen, wo sich der Übergang zu den neuen Verhältnissen in vollster Ordnung vollzog. Die Massen der organisierten Arbeiterklasse, durch Jahre und Jahrzehnte politisch geschult, haben dafür gesorgt, daß nirgends die Unzufriedenheit an Stelle der verhassten Gewaltordnung trat. Uns allen jubelte das Herz. Endlich sollte der Frieden kommen, der Blutstrom sollte versiegen, der Hunger wieder aufhören. Bei allen Willenden war dieser Jubel allerdings gebämpft durch die Last der Verantwortung, die zu übernehmen sie sich anschickten. Es war November, und bis zum Februar hatten wir noch Brot. Die nächste Ernte war im Juli, und wie sollten wir das Volk bis dahin durchbringen. Der Winter vor der Tür, und keine Kohle. Die Gruben, durch den Raubbau des Krieges in Unordnung, lieferten während der Ansturmung fast nur Dreß und Steine. Die Eisenbahnen zerfielen. Die Industrie, teils heruntergewirtschaftet, teils auf die Produktion von Kriegsgüter umgestellt, zudem noch aller Rohstoffe entböhrt, konnte auch nichts leisten. Bei der Landwirtschaft daselbstes Bild. Die Schweine abgeschlachtet, die Viehherden dezimiert, der Boden unter Düngermangel in seiner Ertragsfähigkeit stark vermindert. Dazu kein Geld im Lande. Das Gold gehörte im Krieges Bekanntheit dem Vaterlande, und war ins Ausland gemwandert, um Erz und ähnliches zu kaufen. Wie der Friede aussehen würde, wußte man zu nächst nicht, aber ein leichter Friede würde es nicht sein, den die Feinde einem Deutschland auferlegen würden. Das sich nicht nur vier Jahre hindurch gewehrt, sondern die Verwüstungen des Krieges in die feindlichen Länder getragen hatte.

Versprechungen haben wir in dieser Lage dem Volke nirgends gemacht, und auch nicht machen können. Wer von Versprechungen redet, die wir in den Revolutionstagen gemacht und nicht erfüllt hätten, der lügt! Immerhin ist zunächst mehr geleistet worden, und gelungen, als wir selbst ahnen durften. Das Volk ist bis zur ersten Ernte nicht verhungert, und langsam kam die Wirtschaft wieder in Gang. Ohne die schweren Friedensbedingungen hätten wir längst wieder frober atmen können in der freien Luft der Republik, erfüllt vom Banner des Militarismus, und in der Gewisheit, daß der neue Volksstaat ein Hort des Friedens von Europa sein werde.

Vier Jahre plagten wir uns nun mit den unerträglichen Lasten, die uns von den ehemaligen Kriegsgegnern aufgebürdet wurden. Von Konferenz zu Konferenz, nicht ohne Erfolg, aber ohne fühlbaren Erfolg. Viel zu groß ist noch die Spanne zwischen dem, was wir zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden wirklich leisten können, und dem, was wir nach der Meinung der Gegner zu leisten imstande sind. Und solange hier nicht das rechte Gleichgewicht hergestellt ist, kann unsere Wirtschaft und die von Europa nicht gefunden. Die bildlichen Völker hatten neben magere Jahre, wir fürchten, daß das neue Deutschland ihrer noch mehr haben wird. Am vierten Jahrestage nach dem Waffenstillstand sieht die Reparationskommission in Berlin, und fremde Sachverständige haben unsere Leistungsfähigkeit geschätzt. Wie groß wird nun der Schritt sein, der zur wirklichen Völkervereinigung nach dem Kriege getan wird? Voraussetzlich wird er wieder nur klein und zögernd ausfallen, hat das man endlich bezeugt die Bahn beschreitet, auf die der internationale Sozialismus die Völker zu führen gedenkt.

Sollen wir deshalb verzweifeln? Nein, das dürfen wir nicht! Es sind schlechte Prophezen, die „auf das Ende“ hindeuten, das „eine Katastrophe“ sein wird. Was kommt denn nach dem Ende und nach der Katastrophe? Ein Volk ist doch nicht plötzlich tot, für alle Zeiten ausgeblieben. Es schleppt sich eben auch nach dem Ende mit seinen Lasten weiter. Uns hilft nur Zeit und Beharrlichkeit auf dem beschrittenen Wege, die Welt zu überzeugen, daß die Solidarität der Völker allen ein glückliches Dasein verbürgt. Weisen wir sie deshalb von uns, die Sozialistenpolitiker von rechts, und auch die von links, soweit es solche nach der Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien noch gibt. Diese Wiedervereinigung war des große positive Ergebnis des vierten

Heute abend 7 1/2 Uhr:

Revolutions-Feiern

im Gewerkschaftshause und im Zentral-Ballsaal.

Arbeiterlänger. Rezitation. Gedentrede.

Eintritt zur Deckung der hohen Unkosten nur 5 Mark. - Nach Schluß der Feiern:

Protest-Sundgebung

gegen den unverschämten Wucher der deutschnationalen Großagrarien.

Friedensjahres. Glaubt uns, daß sich die Arbeiter der ganzen Welt bald wieder gefunden haben werden. Und auch die demokratischen Völker finden sich am Ende bestimmt, trotz aller Hindernisse, die übermächtige Kapitalistenklassen der Einigung bereiten!

Im Zeichen der Not.

Der Polizeibericht meldet: In der Mittwochnacht wurde wieder versucht, von dem Lagerplatz der städtischen Kohlenverorgungsstelle Ofener Straße 15, Kohle unter Anwendung von Gewaltmitteln zu entnehmen. Als der Beamte der Okulus-N. G. Breslau die Diebe mit der Waffe an ihrem Vorhaben hinderte, schlugen diese derartigen Lärm, daß sich eine größere Menschenmenge ansammelte, die gegen den Beamten Stellung nahm. Es gelang diesem nur durch sein energisches Auftreten, sich vor Tätlichkeiten zu schützen. In Zukunft wird der Schutz dieser Kohlenlagerplätze noch bedeutend verstärkt werden, trotz der hohen Kosten, die der Haushalt dadurch erfährt.

Hierzu haben wir zu sagen, daß eine Verzierung der städtischen Lager natürlich auf keinen Fall geduldet werden darf, denn wo soll die Bevölkerung den Winter über hinkommen, wenn die Stadt nicht auf Vorräte hält? Diese Vorräte werden im Interesse der Allgemeinheit mit erheblichen Kosten unterhalten. Wer in besonderer Not ist, hat sich beim städtischen Wohlfahrtsamt zu melden, das beraten ist, nach besten Kräften Hilfe zu gewähren.

Der Milchwucher und die Stadt.

Die letzte Milchpreiserhöhung belastet das städtische Wohlfahrtsamt mit 1 1/2 Millionen Mark jährlich, die neben dem hohen Milchpreise von der Allgemeinheit getragen werden müssen, um den Allernächsten und Hilfsbedürftigen die Milch etwas zu verbilligen. Zahlte das Wohlfahrtsamt seinen Pflegebedürftigen bisher für den Liter Milch einen Zuschuß von 8 Mark, so muß es jetzt damit auf mindestens 20 Mark gehen, wenn die Beihilfe wirklich als solche empfunden werden soll.

Und schon wieder wollen die Milchinteressenten mit den Preisen höher hinauf!

Ein Redakteur der Arbeiterzeitung verhaftet.

Zur Verhaftung eines Redakteurs der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ erfahren wir, daß es sich um einen Mann handelt, der sich K r a f t nennt. Er war schon längere Zeit beobachtet worden, weil er kein Deutscher ist, sondern ein Ausländer, der unter falschem Namen hier lebt. Der Staatsanwalt zog bei der Polizei Erkundigungen über ihn ein, da der Verdacht bestand, daß K r a f t ein ständlich gefuchter Mann sei. Nach seiner Verhaftung wurde festgestellt, daß er aus Moskau gebürtig ist, ohne Pässe und Ausweispapiere in Deutschland herumgereist ist, und zwar ständig unter falschem Namen. Er dürfte wahrscheinlich als künftiger Ausländer ausgewiesen werden.

Nachträglich wird uns noch gemeldet:

Der angegebliche Kraft gibt an, er sei Ernst Kolman Zwanow, Mathematiker, geboren am 5. Dezember 1892 in Moskau. Er habe eine Frau und ein Kind, erklärt sich als Führer der kommunistischen Partei und auch seine Frau sei in der kommunistischen Partei tätig. Er sei vorher in Berlin und Düsseldorf gewesen, verzweifelt aber die Auskunft, unter welchem Namen und wo er dort gewohnt hat. Er war vor seiner Einreise in Deutschland in Krasnojarsk in Sibirien, sei von dort aber nicht direkt nach Deutschland gekommen, sondern habe sich vorher noch in Moskau aufgehalten, und zwar in der Tjchernjomowstraße und im Moskauer Kommunehaus. Er behauptet, daß die russische Sowjetregierung von seinem Hiersein nichts weiß und es auch nicht billigen würde. Er ist dem Amtsgericht vorgeführt worden, das einen Haftbefehl gegen ihn erlassen hat. Ob seine Angaben der Wahrheit entsprechen, ist noch zu bezweifeln, da er keine Papiere hat.

Schulbücherei.

Der Jugendbund Bismarck, von dessen reaktionärer Tätigkeit schon öfter in der „Volkswacht“ die Rede war, versendet z. B. ein Werkchen, worin sich die Bundesleitung alle Mühe gibt, den Bund als unpolitisch hinzustellen. Ja, sie stellt sich jetzt (nach Erlaß des Gesetzes zum Schutz der Republik) sogar auf den Boden der Verfassung. Die „gelegentlich“ (d. h. wohl bei jeder möglichen Gelegenheit) zum Ausdruck gebrachte Anhänglichkeit an den Kaiser und sein Haus geschieht aus rein menschlichem Empfinden. „Recht geschieht versteht man es aber, durch kleine Andeutungen, verhängliche Bilder, unklare Anspielungen (die man mündlich schon richtig erläutern wird) den „alten Bismarckgeist“ weiter zu pflegen. In einem bezeichnenderweise ohne Verfasseramen erschienenen Artikel heißt es z. B.: „Wir Jungen wollen die sein, die mit dem guten Schwert unseres Jugendmüllens grauen Dunst und roten Schlei er (des Parteihabers) hinwegfegen.“ Weiter: „Wenn einst die Stunde gekommen ist, muß Deutschland uns bereit und wehrhaft finden.“

Recht hübsch heißt es auch in den Leitfäden: Ein dauerndes Wählen, wie es unter dem demokratischen System Mode ist, gibt es in unserem Bund nicht. Die Lügheit entschuldigt“ (während in der Demokratie offenbar das Gegenteil der Fall ist). So erzieht man ja wohl die Jugend zur Achtung vor der demokratischen Verfassung. Das Beste leistet sich aber der Bundesvorsitzende, Oberleutnant a. D. v. Schweinichen-Bawelitz: Auch er will, „daß der Bund sich freihalt von Haß und Hege“, spricht aber gleichzeitig, „von dem Gefährdungsland fremder Ideen, den man, geküht auf französische Bajonnette, in deutschen Landen auftrübt.“ Wer so etwas sagt, soll nicht seine Hände in Unschuld waschen, wenn dann die Tschow und Stutzenrauh den Teil spielen wollen.

Verlegung der Sophienschule.

Oben 1923 wird die Sophienschule (städt. Mädchen-Mittelschule), die bis jetzt in einem Meisshause auf der Trinitasstraße notwendig untergebracht war, nach dem neuen Schulhause auf der Renzelstraße verlegt. Das Meisshaus hat zwei Zugänge, so daß es sowohl von der Neuborstraße her wie von Kleinburg aus bequem zu erreichen ist. Die Sophienschule ist eine partizipative Schule, das heißt sie nimmt Mädchen aller Bezeichnungen auf und sorgt für bestimmungsmäßigen Religionsunterricht in getrennten Gruppen. Die aufzunehmenden Mädchen müssen mindestens die drei unteren Volksschulklassen mit Erfolg besucht haben. Anmeldungen nimmt der derzeitige Leiter der Sophienschule werktäglich von 11 1/2—12 1/2 Uhr in seinem Amtszimmer,

Trinitasstraße 12, 2. Stock, entgegen. Auch ist vorgesehen, daß er von Weihnachten ab im Meisshaus selbst an noch zu bestimmenden Tagen Sprechstunden abhalten wird.

* Amtlicher Wetterbericht. Im Südrande der abziehenden Depression haben wir weiter bei westlichem Winde unsicheres Wetter zu erwarten. Die Nachttemperaturen sinken weiter.

* Diebstähle im Landgericht. Sogar das Landgericht wird von Dieben nicht verschont, besonders sind es die wertvollen Messingteile, auf die es die Spitzbuben abgesehen haben. So wurde dem auch vor einigen Tagen bemerkt, daß in einer Wobrtanlage die Messingverkleidungen an der Wasserleitung abgehoben und mitgenommen worden waren. Im weitere Diebstähle zu verhindern, sind die Messingverkleidungen durch Eisenverkleidungen ersetzt worden; auch werden die Wobrtanlagen jetzt verschlossen gehalten.

* Keine neue Erhöhung der Miete. Eine hiesige Tageszeitung hatte kürzlich der „Deutschen Hausbesitzer-Zeitung“ in Spandau die Nachricht entlehnt, daß der Wohlfahrtsminister in einer neuen Anordnung zum Reichsmietengesetz den Zuschlag für laufende Instandhaltungsarbeiten auf 200 Prozent der Grundmiete erhöht habe. Welche Unterlagen dem Spandauer Blatte zur Verfügung gestanden haben oder ob es sich — was wohl das Wahrscheinlichste sein dürfte — um eine freie Erfindung handelt, ist von hier aus schwer zu ermitteln. Zeit steht aber jedenfalls, daß dem Breslauer Magistrat, wie auch der Breslauer Regierung von einer derartigen ministeriellen Anordnung nicht das geringste bekannt ist.

* Der Fremdenverkehrsverein Breslau veranstaltet am Sonnabend, den 11. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Fürstensaal des Rathauses seine ordentliche Hauptversammlung. Auf der Tagesordnung stehen Jahres-, Kassen- und Revisionsbericht, Wahl des Vorstandes, Erhöhung der Mitgliedsbeiträge (Satzungsänderung), Verschiedenes.

* Von der Polizei erschossen. Am 2. November, abends gegen 9 Uhr, wurde der Handelsmann Oskar Rose von Frankfurter Straße 207, von der Polizei erschossen. Er hatte ein Fahrrad gestohlen und wurde deshalb verfolgt. Am Militärfriedhof rief den Flüchtigen ein Polizeibeamter an und forderte ihn auf, zu halten. Der Dieb folgte dem nicht, der Beamte schoß daher nach ihm und traf ihn in den Bauch, wodurch der Tod herbeigeführt wurde. R. stand im 37. Lebensjahr und war verheiratet.

* Schieberei zwischen Spitzbuben und Wächter. Als in der Nacht zum 1. d. Mts. ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft, um 3,15 Uhr das Gehöft Sadowastr. 31/35 betrat, überraschte er dort zwei mit Diebstahl von Heizungsrohren beschäftigte Männer, die ihm mit Revolvern entgegentraten und zwei Schüsse auf ihn abgaben. In der Notwehr griff der Wächter auch zur Dienstwaffe und gab auf die Eindringler fünf Schüsse ab. Dabei wurde anscheinend einer der beiden Männer verletzt doch gelang es den Spitzbuben, die Flucht zu ergreifen.

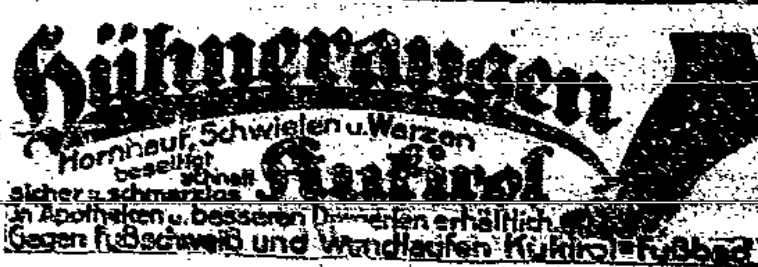
Lobtheater.

„Kauf.“

Es ist kein Strindberg mit großer Linie. Fast ein in selbstmörderischer Qual erstiftetes Stück, das mit seinen reichlich mißbilligen Zusammenhängen hart an der Grenze zwischen Ernst und Komik treibt. Ein Stück, das einer außerordentlich vorzüglichen Hand bedarf, um es zu harter Wirkung zu tragen. Und die hatte, um es vorweg zu nehmen, der verantwortliche Regisseur B e n s c h - K u h e r nicht.

Das Thema: ein Bühnenschriftsteller steht vor seiner Aufführung. Er scheint ein kreuzbraver Kerl zu sein, der mit seiner Geliebten und seinem Kinde die ehrlichsten Absichten hat. Da trifft er kurz vor seinem Aufstieg mit der Geliebten seines Freundes, einer Wildgauerin, zusammen, und kann nicht mehr von ihr los. Die beiden erleben eine Nacht des Kaufes und sprechen dabei von schauerlichen Dingen. Am nächsten Tage, kein Ruhm ist allgemein, und er im Grunde aller Pariser, weil er mit ihr nach Italien. Noch einmal besucht er sein Kind, das kletternd wie ein Kitz nach seinem Besuche stirbt. Auf ihn fällt nun der Verdacht des Mordes. Sein Stern scheint unterzugehen. Gegenständig zeigen sich die beiden in quälendsten Beschuldigungen des Mordes, bis der natürliche Tod des Kindes aufklärt wird. Eder noch hat der Schriftsteller einem Abbe versprochen, ihn abends in der Kirche aufzusuchen, als kein Stück wieder auf dem Spielplan erscheint, weil er rehabilitiert ist. Er wird diesen Abend in die Kirche und den nächsten Abend ins Theater gehen. Das ist sein Beruf.

Herr B e n s c h - K u h e r hatte das Stück keineswegs in keiner Gewalt. So sorglos darf Strindberg ungestraft nicht gespielt werden. Der Erfolg des Abends war daher gleich null. Ueberall Ausausgesprochenheiten, die sich bis zur Unwahrscheinlichkeit auswadeten. Sehr einfach hatte sich Paul Regeler die Bühnenbilder ausgedacht, ohne immer von Widersprüchen frei zu sein. Der Friedhof trug herbstliche Bäume. Der Luxemburggarten dagegen (das Stück spielt sich innerhalb zweier Tage ab) Frühlingssäume in magischer Laternenbeleuchtung. Dem Bühnenschriftsteller nahm Friedrich K o s e n t h a l jeden Schwung. Eine so unausgeglichenen Leistung haben wir lange nicht gesehen. Dieser Schauspieler verfügt nicht im mindesten über die Ausmaße, die Strindberg seinem Maurice gegeben hat. So blieb die Hauptfigur wirkungslos. Neben ihm fühlte sich Hedda L e m b a d als seine neue Geliebte mit Recht herzlich unwohl. Aber immer noch schwangen in ihrem Spiel entzündende Menschentöne. Als Freund war Richard J e l d e n, sonst eine schöne Leistung, viel zu weinerlich, viel zu leise. Er blieb mitunter fast unerkennlich. Martha S c h i l b, Friedel K n a a d, Sigismund R o h d e und Julius S a r a t a n n e n uns menschlich recht nahe. Unmöglich war Ludwig U r b a c h als Kriminalkommissar. Das war eine Verhöhnung Strindbergs. Nicht besser erging es den beiden Detektiven und dem Wächter.



Unterhaltung

Der Volksstaat.

Von Heinrich Waentig*.)

„Nicht aus dem Chaos“, hat Eduard Bernstein, damals einer der führenden Revisionisten Deutschlands, vor wenigen Jahren gesagt, „siehe ich die sozialistische Gesellschaft hervorgehen, sondern aus der Verbindung der organisatorischen Schöpfungen der Arbeiter im Gebiete der freien Wirtschaft mit den Erzeugnissen der kämpfenden Demokratie im Staat und in der Gemeinde. Durch alle Forderungen und alles Umfächeln der reaktionären Mächte hindurch sehe ich doch den Klassenkampf selbst immer höherer Formen annehmend. Und gerade in dieser Zivilisierung des Klassenkampfes erblicke ich die beste Gewähr für die Verwirklichung des Sozialismus.“ Die Erfahrungen der letzten Jahre scheinen ihm recht zu geben, — wenigstens in Deutschland. Jedenfalls hat sich „die deutsche sozialistische Revolution“, mag man sie nun vom Juli 1917 oder vom November 1918 datieren, alles in allem genommen, in so zivilisierten Formen bewegt, daß so mancher Revolutionstomantiker geradezu daran Zweifel genommen hat.

Die unbeschreibliche Häßlichkeit der Novembertage sei ohne Beispiel, hat uns Herr Oswald Spengler in seiner Broschüre „Prezidentium und Sozialismus“ belehrt. „Kein mächtiger Augenblick, nichts Begeisterndes; kein großer Mann, kein bleibendes Wort, kein Führer — und, nur Kleinliches, Etel, Überheblichkeit.“ Nein, wir seien keine Revolutionäre: „Prinzipienreiter, Schulfische, Schwächer in der Kaufstraße und in Weimar, ein kleiner Spektakel auf der Waise, ein Wolf im Hintergrunde, das wenig beteiligt zuseht.“ Man könne sich wohl ausmalen, wie im idealen Fall eine proletarische Revolution an dieser Stelle einzuwirken gehabt hätte. Was hätten bedeutende Massenführer, was hätten die Independents und Jakobiner in dieser Lage getan! Und die Marginalen? — Sie hätten die Macht, sie hätten alles wagen dürfen. Ein großer Mann aus der Tiefe, und das ganze Volk wäre ihm gefolgt. Aber nie sei eine Massenbewegung durch die Erbarmlichkeit ihrer Führer und Gefolgsleute elender in den Schmutz gezogen worden. Statt an der Spitze roter Heere habe man sich an die Spitze gut bezahlter Arbeiterregimente gestellt, statt der Schächter gegen den Kapitalismus solche gegen Proletariatsführer, Feindesfeinde und Staatsräuber gewonnen, statt sein Leben seine Uniformen verkauft. Auf Kosten des übrigen Volkes, der Bauern, der Beamten, der Geistlichen zu schmökern, die Worte Räteform, Diktatur, Republik so oft an Stelle mangelnder Taten hinzuzusetzen, daß sie in zwei Jahren lächerlich geworden sein würden, so weit habe der Mut jener Führer gereicht. An der Reifezeit sei diese Revolution gescheitert. Jetzt aber sei es zu spät. Was in den Tagen des Kaiserreiches und des Friedensunterzeichnung verschäumt worden, sei niemals nachzuholen; denn die verlorene Schwungkraft lasse sich nicht wieder erwecken, eine große Leidenschaft nicht durch Erbitterung ersetzen. „Eine Revolution, die das umwarf, was sie wollte, und nun will, ohne zu wissen was“, das sei die große, seit Generationen verführte, besungene, angebetete deutsche Revolution — ein Schauspiel von einer so fürchterlichen Ironie, daß es des Abstandes von Jahrzehnten bedürfte, bevor sie dem Deutschen sichtbar werde.

Wirklisch? — Aber sollte man große politische Ereignisse nicht besser nach ihren praktischen Ergebnissen beurteilen, anstatt sie erst schulmeisterlich — ästhetisch zu bewerten? Blickt man doch nur nach Rußland hinüber! Dort wenigstens hat sich ein revolutionäres Drama abgepielt, das an Fruchtbarkeit der Begebenheiten alles Dagewesene in Schatten stellt, das in verschwenklicher Fülle alle jene obligaten Requisiten aufzuweisen hat, die Herr Spengler in Deutschland so schmerzhaft zu vermissen scheint. Zwei große Männer aus der Tiefe des Volks, die hauptsächlich zu allem fähig gewesen sind; rote Armeen hunder Zahl, die den Kampf gegen die ganze kapitalistische Welt aufgenommen, skrupellose Revolutionstribunale, die ganze soziale Schichten ausgereiht haben; fähigste Frevel jeder Art, vom Mordmord des Kaiserreiches bis zur Völkermordung unschuldiger Weiber und Kinder! An persönlichem Mut, an rücksichtsloser Energie, an fanatischer Konsequenz also hat es den russischen Revolutionären nicht gefehlt. Und was ist das schließliche Resultat jener großen Aktion für die Verwirklichung des Sozialismus gewesen? Ihr schlagendes Versagen in der Landwirtschaft, wo der individuelle bäuerliche Betrieb völlig unangefastet, die Übertragung des Grundeigentums an das ganze werktätige Volk eine inhaltslose Phrase geblieben ist. In der Industrie die Herrschaft des Produktionsprozesses, durch welche die gesellschaftliche Macht der Arbeiterschaft untergraben worden ist. Im Ganzen eine Art despotischer Sozialismus, eine Durchgangsstufe, der eine neue russische Gesellschaft folgen wird, mit einer neuen heimischen Bourgeoisie und mit neuen, wahrscheinlich von ausländischem Kapital geleiteten Unternehmungen; dazu die entzerrte Möglichkeit, diese im Sinne eines demokratischen Sozialismus weiterzuentwickeln.

So werden denn Lenin und Trotski in der Geschichte zwar als „große Männer“, zugleich aber als doktrinaire Politikfasser fortleben; als Quacksalber, wenn ich einen Vergleich gebrauchen darf, die einen schwer Erkrankten nach dem Rezept zweier berühmter Ärzte behandelten, ihn jedoch mit ihrer Kur zugrunde richteten, weil sie die richtige Diagnose nicht zu stellen vermochten. Nach Marx ist zwar „die Gewalt die Geburtsheiferin der alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht“; nach Engels „das Werkzeug, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erzwangt, abgestorbene politische Formen zerbricht“. Aber das Kapitalmonopol muß zur „Fessel der Produktionsweise“ geworden sein, die mit und unter ihm ausgeübt ist, die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergeßlichkeit der Arbeit müssen „einen Punkt erreicht haben, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle“; dann erst wird „diese geprengt, und die Stunde des kapitalistischen Privateigentums hat geschlagen, die Expropriation wird expropriert“. Da nun diese Vorbereitungen im russischen Anarchismus fehlten, ward, soweit der moderne Sozialismus in Frage kommt, alle „revolutionäre“ Energie nutzlos verthan, endet die Bewegung dort, — was hätte es für möglich gehalten? — mit der planmäßigen Wiedereinführung des Kapitalismus.

Wäre nun unter den bei uns obwaltenden Umständen Ähnliches nicht auch Deutschlands Schicksal geworden? Deshalb frag, es sich, ob der Novemberaufstand von 1918, der, nach Herrn Spenglers Worten, von ein paar Karren und Straßen abgesehen, auf jeden „wie ein umstürzendes Haus“ gewirkt hat, überhaupt über die „deutsche sozialistische Revolution“ gewesen ist, die Entgegensetzung im Kampfe gegen die Bourgeoisie, für die Fessel die deutsche Arbeiterklasse „herangebracht“ habe. Die Wahrheit ist, daß, was nach der allgemeinen Lage der Dinge mit revolutionären Mitteln überhaupt zu erreichen war, nämlich die Verwirklichung der politischen Demokratie, ihr im November

1918 gleichsam als ein Geschenk des Himmels kampflos in den Schoß gefallen ist. Nur um ihre Sicherung gegen etwaige Angriffe von rechts oder links konnte es sich vorläufig handeln. Und es bleibt abzuwarten, ob sich der „Klassenkampf“ um die allmähliche Sozialisierung der Volkswirtschaft auf ihrem Boden in friedlichen Formen oder zu einem gegebenen Zeitpunkt in Gestalt der „Diktatur des Proletariats“ in gewalttätigen Auseinandersetzungen abspielen wird. Eines wie das andere gehört in den Bereich der Möglichkeiten.

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft“, heißt es im Manifest der kommunistischen Partei, „ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freie und Sklaven, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Junkbürger und Geiell, kurz, Unterdrückter und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald verletzten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete, oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.“ Was ist das Neue? „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit.“ Das Proletariat die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Heberbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird. Und seine Feinde sind: „Zudem wird die allmähliche Behauptung der Entwicklung des Proletariats zu verzeichnen, verfolgen wir den mehr oder minder verletzten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkte, wo er in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewalttätigen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet.“

Die Partei.

Von Georg Herwegh.

Partei! Partei! Wer wollte sie nicht nehmen,
Die noch die Mutter aller Siege war!
Wie mag ein Dichter solch ein Wort verstehen,
Ein Wort, das alles Herliche gebir?
Nur offen wie ein Mann: Für oder wider?
Und die Parole: Sklave oder frei?
Selbst Götter stiegen vom Olymp hernieder
Und kämpften auf der Sinne der Partei!

Das Gekstern ist wie eine welcke Blume —
Man legt sie wohl als Zeichen in ein Buch —
Begrabs mit seiner Schmach und seinem Ruhme
Und weht nicht länger an dem Leichentuch!
Dem Leben gilt's ein Lebehoch zu singen,
Und nicht ein Lied im Dienst der Schmeichelei;
Der Menschheit gilt's ein Opfer darzubringen,
Der Menschheit auf dem Altar der Partei!

O stellt sie ein die ungerechte Klage,
Wenn ihr die Angst so mancher Seele schaut;
Es ist das Bangen vor dem Hochzeitstage,
Das hoffnungsvolle Bangen einer Braut.
Schon drängen aller Orten sich die Erben
Ans Krankenlager unsrer Zeit herbei;
Laßt, Dichter, laßt auch ihr den Kranken sterben,
Für eures Volkes Zukunft nehmt Partei!

Damit ist klar und deutlich ausgesprochen, daß Marx und Engels damals die Befreiung des Proletariats nicht nur von einer „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“, also der „Erkämpfung der Demokratie“, erwarteten, wovon an anderer Stelle des Manifestes die Rede ist, sondern von einem „gewalttätigen Sturz der Bourgeoisie“, von einer „Diktatur des Proletariats“ in diesem besonderen Sinne, wenn schon „der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit“. Das Proletariat, heißt es ausdrücklich, „wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren“. Es könne dies natürlich zunächst nur geschehen vermittlest des politischen Eingriffs in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Zwangsregeln, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erschienen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinauszuwachsen und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unermesslich wären. Maßregeln, von denen, als für die „fortgeschrittensten Länder“ besonders geeignet, eine ganze Reihe namentlich aufgeführt werden.

Marx und Engels haben dieses Programm dann selbst in einer vom 24. Juni 1872 datierten Vorrede zum kommunistischen Manifest als „stufenweise veraltet“ bezeichnet. Besonders habe die Pariser Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen könne. Ueberhaupt hätte sie nicht behauptet, daß die Wege, um zur politischen Macht zu gelangen, auch überall die gleichen seien. „Wir wissen“, erklärte im besonderen Marx in einer etwa um dieselbe Zeit, nämlich nach Schluß des Haager Kongresses der Internationale zu Amsterdam gehaltenen Rede, „wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das Herkommen der verschiedenen Gegenden berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England, und wenn ich Eure Einrichtungen besser kenne, würde ich vielleicht hinzusetzen, Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziele gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall.“ So, ihrer Meinung nach, auch nicht in Deutschland. Denn, bemerkt Engels zur Kritik des sozialdemokratischen Programmwerkes von 1891, das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen dürfe, beweise, wie „totalitär“ die Nation sei, als könne man dort „auf gemächlich-friedlichem Wege“ die Republik einrichten, und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.

Und doch ist es schließlich gerade in Deutschland gelungen, die demokratische Republik „auf gemächlich-friedlichem Wege“ einzurichten; sollte es also nicht vielleicht auch glücken, sie als unerlässliche Grundlage einer „gemäßigten-friedlichen“ Sozialisierung der Volkswirtschaft festzuhalten? Jedenfalls lehrt uns unsere Geschichte, daß der örtlich verschiedene Ausfall der politischen Kämpfe für die Sozialisierung der spätmittelalterlichen Stadtwirtschaft nicht ausschlaggebend gewesen ist; daß die jeweiligen Sieger ihre politische Diktatur verfassungsmäßig nicht aufrechtzuerhalten vermochten; daß jene unaufrichtigen Streitigkeiten in zahlreichen Fällen die ökonomische Zerrüttung, die politische Anarchie nach sich zogen; endlich, daß es möglich gewesen ist, sie durch beiderseitige Nachgiebigkeit auf dem Boden der Demokratie zu vermeiden.

Wären auch gewisse Kreise im geheimen noch immer auf die Wiederherstellung jener aristokratischen Zustände spekulieren, ernsthafte konservative Politiker haben sich mit dem Gedanken der Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens in dieser oder jener Form abgefunden. „Demokratie“, sagt selbst Herr Spengler, einer der lauteften Krüger im Streit, „mag man sie schätzen, wie man will, ist die Form dieses Jahrhunderts, die sich durchsetzen wird. Es gibt für den Staat nur Demokratisierung oder nichts.“ Wenn jedoch mit dem 19. Jahrhundert eine Demokratisierung des Staates unerlässlich werde, fährt er fort, so dürfte sie in Deutschland doch nicht in „angstlicher“ Form erfolgen. Demokratie könnte hier nicht etwa Freiheit bedeuten, die mit geschäftlicher Angebandenheit zusammenhängt und notwendig zu einer Privatpolitik führen würde, welcher der Staat als Werkzeug diene. Wenn bei uns der Ordnungsgedanke „Alle für alle“ eine moderne Fassung erzielte, so wäre das nicht die Bildung von Parteien, die nach unten auf dem Wege der Wahlen alle zwei Jahre einmal dem Volke das Recht geben, für den von der Partei ernannten Kandidaten oder überhaupt zu stimmen, während sie nach oben als Opposition in die Regierungsarbeit eingreifen; sondern es wäre die Geltung des Prinzips, jedem einzelnen nach Maßgabe seiner praktischen, sittlichen, geistigen Fähigkeiten ein bestimmtes Maß von Befehl und Gehorsam anzuweisen, einen ganz persönlichen Grad und Rang von Verantwortung also, der jederzeit, wie ein Amt, widerruflich wäre.

Das sei das „Räteystem“, wie es vor hundert Jahren Stein geplant habe. Er und seine von Kant geschuldeten Berater hätten an eine Organisation der Berufsstände gedacht. In einem Lande, wo Arbeit die allgemeine Pflicht und der Inhalt des Lebens sein sollte, unterworfen sich die Menschen nach ihrer Leistung, nicht nach ihrem Besitz. Also: örtliche berufstätige Körperlichkeiten nach Maßgabe der Bedeutung dieser Berufe im Volksganzen, höhere Vertretungen bis hinauf zu einem obersten Staatsrat, jederzeit widerrufliche Mandate; aber keine organisierten Parteien, keine Berufspolitiker, keine periodischen Wahlen! Diese Gedanken hätte Stein zwar nicht ausgesprochen, in er würde sie in dieser Fassung vielleicht besprochen haben; aber sie kämen als Reime in den Reformaten, die er vorschlugen, und sie wären geeignet gewesen, eine planmäßige Demokratisierung des preussischen Staates durchzuführen, wie sie den eigenen, nicht den englischen und französischen, Kabinetten entprochen, wie sie eine Auslese der gerade für dies System begabten Persönlichkeiten verhängt hätte und auch künftig verhängen würde. Denn der „Buntheit“ ist ein „Beamtenstaat“. Das gehört zu den unausweichlichen Zuständen, die aus den Voraussetzungen unserer in ihrer Richtung festgelegten Zivilisation folgen.

Wie immer ein solches autoritativ-bürokratisches System, wenn auch mit beratendem berufstätigen Unterbau, wäre ungefähr das gerade Gegenteil des Staatsideals, das Stein durch seine Reformvorschlüge zu verwirklichen strebte. Sollte es in den unteren Regionen seines Zukunftsstaates, wie er in der Nassauer Denkschrift umhüllt ist, doch überhaupt keine fachlich gekulte Bürokratie geben. Erst in der Provinz sollte sie beginnen.

Will man aber keine organisierten Parteien, keine Berufspolitiker, keine periodischen Wahlen, dafür jederzeit widerrufliche Mandate für die öffentlichen Funktionen, denen „nach Maßgabe ihrer praktischen, sittlichen, geistigen Fähigkeiten ein bestimmtes Maß von Befehl und Gehorsam anzuweisen“ wäre, so bleibt die einzige Alternative, diese entweder von den „Räten“, oder ihren einzelnen Vorgesetzten ausüben zu lassen. Was bei der ersteren Methode am Ende herauskommt, hat der Gang der Ereignisse in Rußland gezeigt: die Autokratie der Volkskommissare, dieses „kollektivistischen Technokratens“, das heißt einer neuen Bürokratie, die, weil sie, wie die zaristische, von dem Übergang an die Allmacht des Staates befreit ist, auch genau in deren Vaster verfaßt. Nachdem sie zunächst vielleicht ehrlich daran geknallt, die „Diktatur“ einer verschwindenden Minderheit zum Wohle der ungeheuren Mehrheit mit Erfolg ausüben zu können, ist sie, an ihrer Aufgabe verzweifelnd, nur zu bald dazu übergegangen, sie, wie jede autoritäre Bürokratie, in ihrem eigenen Interesse zu verwirklichen. Im „Trud“ vom 30. April dieses Jahres fand sich ein Bericht der Revisionskommission für den Kleiner Bezirksverband der dortigen bolschewistischen Kooperative. Zwei wichtigste bolschewistische Kommissare hatten ihn acht Monate lang verwaltet. Und das Resultat? Die aus Moskau beorderten Revisoren fanden einen Nettoverlust von 87 Millionen, geschätzte Zahlungsansammlungen in Höhe von 48 Millionen, ein Defizit in den Kassenbeständen von 5 Millionen Rubeln vor.

Auch ein „veredeltes“ Räteystem würde bei uns vorläufiglich mit dem Wiedererleben einer fachlich gekulten Bürokratie und ihrer Vertüngung nach den bisherigen, im allgemeinen doch bewährten Methoden enden. Sage ich hier „bewährt“, so tue ich das natürlich mit gewissen Einschränkungen. Besonders „fachmännlich“, nach dem man heute, unter fälschlicher Berufung auf die gute alte Zeit, so sehr schreit, hat es auch früher nur in beschränktem Maße gegeben. So hat beispielsweise in dem ganzen Vierteljahrhundert seit Bismarcks Sturz bis zum Ausbruch des Weltkrieges an der Spitze des preussischen Unterrichtsministeriums niemals ein Schulmann gestanden. Die Herren von Gehler, von Zebitz, Wölfe, Stubi, Holte und von Trost verstanden, genau befehlen, nichts von ihrem Weiter und wären ohne ihre im Amt ergrauten „Geheimräte“, um nur Althoff und Rammann zu nennen, alle verfallen und verkauft gewesen. Daß endlich ein so ausgezeichnete Finanzminister, wie Herr von Miquel, der „alte Hexenmeister“, als Nachfolger — Herr von Rheinbaben erhielt, der als Vorhute für diesen wichtigen Posten jahrelang schickte, und recht das Ministerium des Innern geleitet hatte, führte sogar zu einer Katastrophe.

Die „Diktatur“ des Juristentums in unserem öffentlichen Leben muß jetzt gebrochen werden. Selbst die heutigen Rechtsakultäten haben sich dem nicht völlig verschrieben. Die auf Betreiben der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg am 11. und 12. April des Jahres zu Halle tagende Konferenz dieser Fakultäten hat es ausdrücklich als eine Forderung der Zeit bezeichnet, „die Juristen mehr als bisher mit sozialem und wissenschaftlichem Verständnis zu erfüllen“ und dementsprechend „auch von den Juristen ein gründlicheres Studium der Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften zu verlangen.“ Die Frage, ob mit Rücksicht auf diese unerlässliche Erweiterung des Lehrstoffes die erste juristische Prüfung nicht besser geteilt werden sollte, ist damals den einzelnen Fakultäten zu selbständiger Beschlussfassung überwiesen worden. Sie dürften von der Regierung berichten in demselben Sinne beantwortet

*) Wir entnehmen diese Ausführungen der 11. Vorlesung, die Genosse Prof. Waentig in einem politischen Vortragszyklus an der Universität Halle im Jahre 1920 gehalten hat. Diese ausgezeichneten politischen Vorlesungen sind im Verlag Kurt Schroder (Bonn) unter dem Gesamttitel „Zusammenbruch und Wiederaufbau“ als Buch erschienen — eine der lesbarsten politischen Grundschriften der letzten Jahre.

